

**UM09A03203**

**Evaluation des Beteiligungsprozesses  
im Verfahren zur Stilllegung der  
Schachanlage Asse II**

Abschlussbericht zum 28.02.2011

Darmstadt, 31.03.2011

**Im Auftrag des**

**Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und  
Reaktorsicherheit**

**Öko-Institut e.V.  
Büro Darmstadt**

Rheinstraße 95  
D-64295 Darmstadt

**Telefon** +49 (0) 6151 - 8191 - 0

**Fax** +49 (0) 6151 - 8191 - 33

**Geschäftsstelle Freiburg**

Postfach 17 71  
D-79017 Freiburg

**Hausadresse**

Merzhauser Straße 173  
D-79100 Freiburg

**Telefon** +49 (0) 7 61 - 4 52 95-0

**Fax** +49 (0) 7 61 - 452 95-88

**Büro Berlin**

Schicklerstr. 5-7  
D-10179 Berlin

**Telefon** +49 (0) 30 - 40 50 85-0

**Fax** +49 (0) 30 - 40 50 85-388



**UM09A03203**

**Evaluation des Beteiligungsprozesses  
im Verfahren zur Stilllegung der  
Schachanlage Asse II**

**Autorinnen:**

Dipl.-Ing. (BA) Beate Kallenbach-Herbert

Dipl.-Ing. Anne Minhans

Dipl.-Ing. (FH) Julia Neles

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung des Auftraggebers (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) übereinstimmen.



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	3
<b>1 Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>2 Struktur des Begleitprozesses .....</b>	<b>8</b>
2.1 Gremien und Interaktion der Beteiligten .....	8
2.2 Finanzierung.....	10
<b>3 Aktuelle Entwicklungen im Verfahren .....</b>	<b>11</b>
3.1 Betreiberwechsel und Änderung des rechtlichen Rahmens .....	11
3.2 Bewertungskriterien für den Optionenvergleich.....	11
3.3 Machbarkeitsstudien .....	13
3.4 Optionenvergleich .....	15
3.5 Umgebungsüberwachung/ Gesundheitsmonitoring/ Häufung von Krebsfällen .....	17
3.6 Eingelagertes Inventar .....	19
3.7 Notfallplanungen .....	21
3.8 Zeit- und Maßnahmenplan .....	23
3.9 Faktenerhebung .....	23
3.10 Untersuchungsausschuss .....	25
<b>4 Arbeitsweise in der Begleitgruppe Asse II und der Arbeitsgruppe Optionenvergleich.....</b>	<b>27</b>
4.1 Etablierung der „BGA-II klein“ .....	27
4.2 Öffentlichkeitsarbeit der BGA-II .....	27
4.3 Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) .....	29
4.4 Bereitstellung der Unterlagen .....	31
4.5 Interaktion zwischen BGA-II und AGO .....	31
4.6 Interaktion der BGA-II und AGO mit dem Betreiber und den Ministerien .....	32
<b>5 Evaluation des Beteiligungsprozesses zum Stichtag 28.02.2011 .....</b>	<b>35</b>
5.1 Einleitung.....	35
5.2 Einschätzung und Hinweise zur bisherigen Zielerreichung .....	35
5.3 Ergänzende Bewertungskriterien für die Evaluation des Begleitprozesses .....	45
5.4 Fazit .....	47
Literaturverzeichnis .....	49
Anlage 1 .....	56

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 2.1: Schematische Darstellung der Organisation des  
Begleitprozesses zur Stilllegung der Asse II, Darstellung: Öko-Institut e.V. .... 8

## Abkürzungsverzeichnis

AGO	Arbeitsgruppe Optionenvergleich
AÜL	Auslegungsüberschreitender Lösungszutritt
BfS	Bundesamt für Strahlenschutz
BGA-II	Begleitgruppe Asse II
BI	Bürgerinitiative
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
ELK	Einlagerungskammer
ESK	Entsorgungskommission
FZK PTKA	Forschungszentrum Karlsruhe Projektträger Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT)
HMGU	Helmholtz-Zentrum München – Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt
KIT	Karlsruher Institut für Technologie (vormals FZK)
LAU	Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt
LBEG	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen
LUFA	Institut für Futtermittel der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Nord-West
NLWKN	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
NMU	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt
PUA	Parlamentarischer Untersuchungsausschuss
REI	Richtlinie zur Emissions- und Immissionsüberwachung kerntechnische Anlagen
SSK	Strahlenschutzkommission

## 1 Einleitung

### Beauftragung und Zielsetzung

Mit Schreiben vom 21.04.2009 /BMU 2009/ beauftragte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) das Öko-Institut e. V. mit der Bearbeitung des Vorhabens UM09 A03203 „Evaluation des Beteiligungsprozesses im Verfahren zur Stilllegung der Schachtanlage Asse II“.

In dem vorliegenden Abschlussbericht werden die Entwicklungen im Beteiligungsprozess für den Bearbeitungszeitraum Januar 2009 bis Februar 2011 sowie die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und ausgewertet.

Der Bericht dient entsprechend der Zielsetzung des Forschungsvorhabens dazu, die Gestaltung des Beteiligungsprozesses, die Interaktion der Beteiligten und den Informationstransfer an die allgemeine Öffentlichkeit zu dokumentieren, zu analysieren und bei Bedarf Hinweise für Verbesserungsmaßnahmen aufzuzeigen, um den Beteiligungsprozess zur Asse II selber zu unterstützen. Andererseits soll der Beteiligungsprozess evaluiert werden, indem Erfahrungen und Beobachtungen aus dem Prozess gesammelt und ausgewertet werden, um Hinweise für zukünftige Verfahren abzuleiten („best practice“).

Über die Entwicklungen im Beteiligungsprozess Asse im Zeitraum Oktober 2007 bis Dezember 2008 haben wir in /Öko-Institut 2008a/ und /Öko-Institut 2009a/ berichtet. Beide Berichte wurden im Rahmen des Vorhabens SR 2603 „Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II“ erstellt, das im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) für das BMU durchgeführt wurde.

### Arbeitsprogramm

Die Arbeitsschwerpunkte des vorliegenden Vorhabens sind in dem Angebot /Öko-Institut 2009b/ im Einzelnen beschrieben. Als Grundlage für die Evaluation des Prozesses erfolgt:

- Die Verfolgung der aktuellen Entwicklungen im Beteiligungsprozess.
- Die Reflexionen zur Wahrnehmung des Beteiligungsprozesses in der Öffentlichkeit und unter den Beteiligten.
- Die Berichterstattung über die Entwicklungen des Beteiligungsprozesses.

Darüber hinaus war die Verfolgung internationaler Entwicklungen des Standes von Wissenschaft und Technik zu Fragen der Verfahrensgestaltung und der Öffentlichkeitsbeteiligung Bestandteil des Vorhabens.

Die diesem Bericht zu Grunde liegenden Sachverhalte basieren im Wesentlichen auf den folgenden Aktivitäten, die im Berichtszeitraum durchgeführt wurden:

Vertreterinnen des Öko-Instituts haben regelmäßig an den Sitzungen der Begleitgruppe Asse II (BGA-II) teilgenommen. Über diese Sitzungen wurden Aufzeichnungen verfasst und dem BMU vorgelegt.

Zusätzlich wurden von uns verschiedene regionale Informationsveranstaltungen besucht: am 29.6.2009 in Wolfenbüttel (Veranstalter Landkreis Wolfenbüttel), am 17.9.2009 in der Stadthalle Braunschweig (Veranstalter BfS), am 2.10.2009 in der Eulenspiegelhalle in Schöppenstedt zum Optionenvergleich (Veranstalter BfS), am 18.01.2010 in der Lindenhalle in Wolfenbüttel zum Ergebnis des Optionenvergleichs (Veranstalter BfS), am 27.04.2010 im Dorfgemeinschaftshaus Remlingen zur Notfallplanung (Veranstalter BfS), am 27.10.2010 in der Eulenspiegelhalle in Schöppenstedt (Veranstalter MdB Sigmar Gabriel).

Außerdem wurde die Berichterstattung in der Presse zur Asse II kontinuierlich verfolgt. Die Presseartikel wurden systematisiert und dokumentiert. Etwa quartalsweise wurde dem BMU eine entsprechende Presse-CD zur Verfügung gestellt. Für die Kalenderjahre 2009 und 2010 wurden jeweils eine CD mit der Gesamtübersicht erstellt /Öko-Institut 2009/, /Öko-Institut 2010b/. Die Auswertung der Presse-Berichterstattung ist in den vorliegenden Bericht eingeflossen.

Neben verschiedenen Gesprächen mit Mitgliedern der Begleitgruppe und der Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) haben wir eine telefonische Befragung der Mitglieder der AGO zu den Themen Arbeit der AGO und Zusammenarbeit der AGO mit der BGA-II durchgeführt. Ziel der Befragung war die Einschätzung der AGO-Mitglieder abzufragen und Hinweise für die Arbeit der AGO und allgemein die Einbindung von Expertenwissen in den Beteiligungsprozess abzuleiten.

Wir bedanken uns bei den Mitgliedern der AGO für ihre Teilnahme an der telefonischen Befragung und für ihre große Bereitschaft, sich intensiv mit den Fragen auseinanderzusetzen und sie ausführlich zu beantworten.

Im Berichtszeitraum wurden neben den Aufzeichnungen über Sitzungen der BGA-II verschiedene Kurzberichte über Veranstaltungen und Vermerke erstellt:

- Kurzbericht des Öko-Instituts zum Informationsabend „Stilllegung des Bergwerkes Asse II“ des Landkreises Wolfenbüttel / Begleitgruppe Asse II am 29.06.2009
- Vermerk für das BMU: „Hinweise für die Gestaltung des Begleitprozesses für die Auswahl der Stilllegungsoptionen“, 07.10.2009
- Vermerk für das BMU: „Hinweise zum derzeitigen Ablauf des Prozesses zur Auswahl der Stilllegungsoption für die Asse II“, 10.11.2009

- Schreiben an das BMU: „Befragung von Mitgliedern der BGA-II zur Arbeit der AGO – Bezug: Schreiben von Herrn Landrat Röhmann vom 12.07.2010, 28.07.2010
- Kurznotiz zur Informationsveranstaltung von MdB Sigmar Gabriel am 27.10.2010

Die Kurzberichte und Vermerke dienen dazu, wichtige Veranstaltungen zusammenzufassen oder auf wichtige Diskussionsverläufe zu verweisen und insbesondere Hinweise zur Entwicklung des Begleitprozesses zu geben und Verbesserungspotential aufzuzeigen.

Außerdem wurden im Bearbeitungszeitraum die beiden folgenden Berichte erstellt:

- Ein Kurzbericht, der die Abläufe im Beteiligungsprozess in der Phase der Festlegung der Bewertungskriterien zwischen Januar und Oktober 2009 dokumentiert und analysiert /Öko-Institut 2010a/ sowie
- ein Bericht zur Auswertung der telefonischen Befragung der AGO-Mitglieder im Juli 2010 /Öko-Institut 2011/.

Neben den beschriebenen Aktivitäten waren weitere Befragungen vorgesehen, um möglichst vielfältige Einschätzungen über den Begleitprozess sowohl aus Sicht der Öffentlichkeit als auch aus Sicht der Beteiligten zu erhalten.

Entsprechend war eine Befragung der interessierten Öffentlichkeit mittels Fragebogen über ihre Einschätzungen zur Arbeit der BGA-II geplant, die im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung im Oktober 2009 durchgeführt werden sollte. Die Durchführung dieser Befragung wurde allerdings im Vorfeld vom BfS als Veranstalter abgelehnt.

Außerdem war vorgesehen, die Befragung zur Einschätzung der Beteiligten über die Einbindung von Expertenwissen in den Beteiligungsprozess neben den Mitgliedern der AGO auch im Kreis der BGA-II Mitglieder durchzuführen. Die stimmberechtigten Mitglieder der BGA-II sprachen sich allerdings mehrheitlich gegen eine solche Befragung aus, so dass sie letztendlich auf die Telefoninterviews mit den AGO-Mitgliedern beschränkt wurde.

## Gliederung des vorliegenden Berichts

Im Kapitel 2 wird die Struktur des Begleitprozesses beschrieben. Dabei wird auf die Änderungen in der Zusammensetzung und Konzeption der Gremien sowie deren Interaktion eingegangen und die neuen Festlegungen zur Finanzierung aufgeführt. In Kapitel 3 werden wesentliche Entwicklungen anhand der in den Jahren 2009 und 2010 wichtigen Themen im Verfahren der Stilllegung der Schachanlage aufgezeigt und beschrieben. Kapitel 4 beschreibt, wie sich die Arbeitsweise in der Begleitgrup-

pe Asse II und der Arbeitsgruppe Optionenvergleich in den Jahren 2009 und 2010 entwickelt hat. In Kapitel 5 wird der Begleitprozess anhand der von der BGA-II festgelegten Ziele evaluiert und Hinweise für den aktuellen und für zukünftige Begeleitprozesse abgeleitet.

## 2 Struktur des Begleitprozesses

### 2.1 Gremien und Interaktion der Beteiligten

Die Struktur des Begleitprozesses – insbesondere die Organisation der Begleitgruppe Asse II (BGA-II) und der Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO) sowie deren Interaktion ist zum Stand Ende Februar 2011 unverändert wie in /Öko-Institut 2010a/ beschrieben. Abbildung 2.1 zeigt den Prozess in einer schematischen Darstellung.

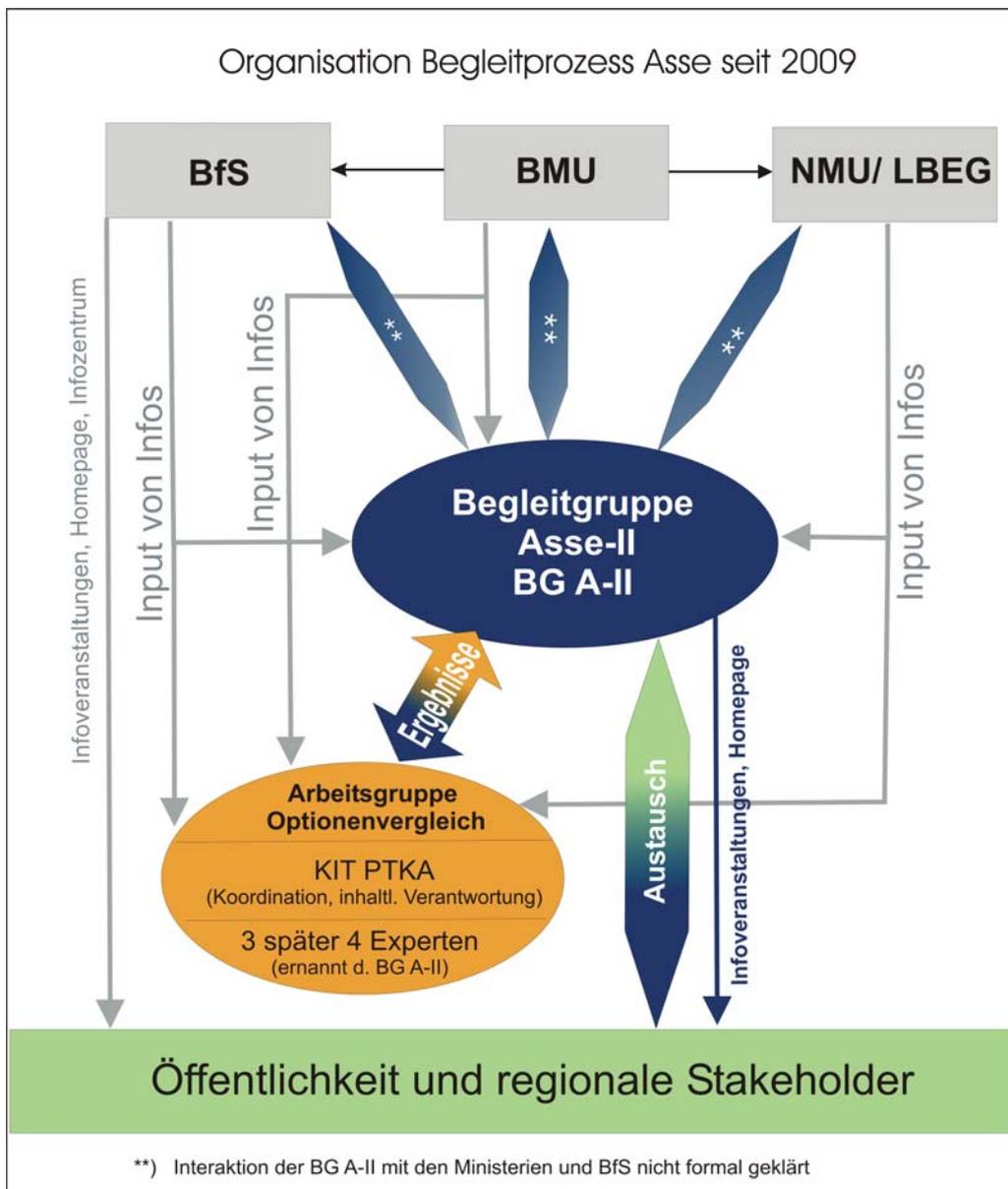


Abbildung 2.1: Schematische Darstellung der Organisation des Begleitprozesses zur Stilllegung der Asse II, Darstellung: Öko-Institut e.V.

Bezogen auf den Stand Ende 2008, der im Abschlussbericht /Öko-Institut 2009a/ beschrieben ist, haben sich die folgenden wesentlichen Änderungen ergeben:

Das Leitungsgremium, das aus den zuständigen Ministerien BMU, NMU, LBEG und BMBF sowie dem Betreiber HMGU bestand, existiert nicht mehr. Im Begleitprozess sollte diesem Gremium u. a. die Aufgabe zukommen, die Empfehlungen der BGA-II entgegen zu nehmen, da auf diesem Wege alle Beteiligten unmittelbar erreicht werden konnten. Eine Anpassung der entsprechenden Festlegungen in § 5 der Geschäftsordnung der BGA-II /BGA-II 2008/ ist bisher nicht erfolgt. Somit besteht keine formale Festlegung über die Kommunikation von Empfehlungen aus der BGA-II zu den beteiligten Behörden und dem Betreiber. In der schematischen Darstellung des Prozesses in Abbildung 2.1 sind daher die Interaktionspfeile zwischen BGA-II und Ministerien bzw. BfS mit entsprechenden Kommentaren versehen.

Innerhalb der Begleitgruppe hat sich im Laufe der Zeit eine Substruktur der stimmberechtigten Mitglieder gebildet, die als so genannte „kleine Begleitgruppe“ eine eigene Einheit darstellt und eigene Sitzungen durchführt, deren Beratungsergebnisse in der Regel nicht veröffentlicht werden. Zudem finden außerhalb der Begleitgruppe Gespräche zwischen einzelnen Vertretern der BGA-II und z. B. dem Betreiber statt, über deren Ergebnisse in aller Regel ebenfalls nicht berichtet wird.

Im Jahr 2009 wurde die Begleitgruppe um die Asse-GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer und zwei Mitglieder des Betriebsrats, ergänzt.

Außerdem wurde die Firma Regio-Press aus Wolfenbüttel mit der Öffentlichkeitsarbeit der Begleitgruppe beauftragt. Ein Vertreter der Firma Regio-Press ist daher in der Regel ebenfalls bei den Sitzungen der BGA-II anwesend.

Sowohl die AGO als auch die Begleitgruppe haben zusätzlich zu den drei bzw. seit Ende 2009 vier dauerhaft benannten Experten sowie den zwei später drei Vertretern des KIT zu einzelnen Themen bzw. über bestimmte Zeiträume weitere Experten hinzugezogen. Außerdem nehmen bei verschiedenen Sitzungen der Begleitgruppe weitere Mitglieder der Bürgerinitiativen als Gäste teil.

Die Aufnahme der Vertreter der Asse-GmbH in die Begleitgruppe wurde auch Bestandteil der Geschäftsordnung der Begleitgruppe. Weitere Änderungen der Geschäftsordnung der Begleitgruppe wurden nicht durchgeführt.

Die stimmberechtigten Mitglieder der BGA-II beschlossen in ihrer Sitzung am 14.04.2010, dass die AGO sie auch nach dem Abschluss des Optionenvergleichs weiterhin beraten soll /Landkreis 2009b/. Dies wurden den nicht-stimmberechtigten Mitgliedern der BGA-II in der Sitzung am 07.05.2010 mitgeteilt /Öko-Institut 2010/. Eine schriftliche Fixierung dieses Entschlusses liegt uns nicht vor.

Auf einer Informationsveranstaltung am 27.10.2010 wurden die inhaltlichen Ziele vom Vorsitzenden der BGA-II mündlich um folgende Punkte ergänzt /Öko-Institut 2010c/.

- Sicherheit für Beschäftigte und Bevölkerung gewährleisten
- Durchführung der gewählten Stilllegungsoption begleiten

Eine Verankerung in der Geschäftsordnung der BGA-II /BGA-II 2008/ ist bisher nicht erfolgt.

## 2.2 Finanzierung

Mit dem Betreiberwechsel Anfang 2009 wurden auch einige Veränderungen in der Finanzierung des Begleitprozesses in die Wege geleitet. So wechselte die Zuständigkeit für die Finanzierung vom BMBF auf das BMU. Außerdem steht seitdem ein eigenes Finanzbudget für die Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation der BGA-II zur Verfügung. Die Verträge der AGO-Mitglieder wurden neu verhandelt, wobei die Erfahrungen der AGO-Mitglieder über den zu erwartenden Aufwand berücksichtigt wurden.

Das BMU hat im Berichtszeitraum vorgeschlagen, die Finanzierung der AGO über die BGA-II abzuwickeln. Damit wollte das BMU Vorwürfen Dritter entgegenwirken, es übe auf diesem Wege eine Einflussnahme auf die AGO aus. Der Vorschlag wurde von den AGO-Mitgliedern jedoch einstimmig abgelehnt, da sie befürchteten, dass die Unabhängigkeit der AGO dadurch eingeschränkt und sie an Gewicht in den Ministerien verlieren würde.

## **3 Aktuelle Entwicklungen im Verfahren**

### **3.1 Betreiberwechsel und Änderung des rechtlichen Rahmens**

Die Bundesregierung hatte am 05.11.2008 beschlossen, die Schachtanlage Asse II in den Geltungsbereich des Atomgesetzes zu überführen und die Zuständigkeit für den Betrieb und die Stilllegung zum 01.01.2009 auf das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zu übertragen /BMU 2008/. Die Neuordnung der Zuständigkeiten führte zur Gründung der Asse-GmbH, die am 01.01.2009 den Betrieb aufnahm. Eine neue gesetzliche Grundlage für die Schließung der Schachtanlage Asse-II wurde mit dem 10. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (AtG) vom 17.03.2009 geschaffen. Danach ist für die Stilllegung eine Genehmigung nach § 9 AtG erforderlich. Dementsprechend hat das BfS 2009 einen Antrag auf Planfeststellung eingereicht. Für den sicheren Weiterbetrieb bis zum Planfeststellungsbeschluss hat das BfS einen Antrag über die notwendigen betrieblichen Regelungen und den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen (kontaminierte Flüssigkeiten, Feststoffe, Gase, Salzlösungen und Salzgrus) während der Betriebsphase gemäß § 7 StrlSchV gestellt. Dies wurde durch Bescheid vom NMU am 08.07.2010 genehmigt. Die Genehmigung umfasst ausdrücklich keine Maßnahmen zur Rückholung, Umlagerung oder Lagerung der radioaktiven Abfälle, sondern beschränkt sich auf den betrieblichen Strahlenschutz einschließlich der Strahlenschutzüberwachung während der Maßnahmen zur Offenhaltung, zur Fassung, Sammlung und Zwischenspeicherung von potenziell kontaminierten und kontaminierten Salzlösungen sowie zur Beseitigung betrieblicher radioaktiver Abfälle und umfasst Vorschriften zur Freigabe in diesem Zusammenhang.

Die Themen des Betreiberwechsels und der Überführung ins Atomrecht wurden auf der 9. und 10. Sitzung der Begleitgruppe am 13.01.2009 /BGA-II 2009a/ und 04.03.2009 /BGA-II 2009b/ diskutiert.

Mit der Überführung des Verfahrens vom Bergrecht in das Atomrecht und dem Betreiberwechsel wurden Forderungen der regionalen Bevölkerung umgesetzt, die in der Zielsetzung der Begleitgruppe Asse-II verankert sind. Dem Aufruf zu einer Demonstration vor den Werktoeren der Asse wurde entsprechend nur vereinzelt gefolgt:

Newsclick, 03.01.2009: *„Dass sich gestern nur wenige Unterstützer auf den Weg durch den Schnee zur Schachtanlage gemacht haben, stört den Sprecher des Asse-II Koordinationskreises, Udo Dettmann, nicht. "Es ist eine kleine Aktion", sagt er: "Aber wir zeigen, dass wir von Beginn an aufpassen. Das ist wichtig."*

### **3.2 Bewertungskriterien für den Optionenvergleich**

Die Bewertungskriterien für den Optionenvergleich stellten aus der Sicht aller Beteiligter ein zentrales Element im Prozess zur Auswahl einer Stilllegungsoption dar. Vom Öko-Institut wurde daher im Rahmen dieses Projektes in Absprache mit dem

BMU ein eigener Bericht über diese Phase erstellt /Öko-Institut 2010a/, in dem der Prozess ausführlich beschrieben ist und seine Auswirkungen auf den Begleitprozess analysiert wurden. Nachfolgend werden die wesentlichen Aktivitäten des BfS, der BGA-II und der AGO sowie die Interaktion der Beteiligten zu diesem Thema zusammengefasst.

Der Prozess zur Entwicklung der Bewertungskriterien für die Auswahl der Stilllegungsoption des Endlagers Asse erstreckte sich insgesamt über etwa ein  $\frac{3}{4}$  Jahr von Januar bis Oktober 2009 und wurde von Diskussionen in der BGA-II, der AGO und der Öffentlichkeit begleitet.

Die Erfordernis von Bewertungskriterien zum Vergleich der drei in der Diskussion befindlichen Optionen zur Stilllegung der Asse II wurde erstmals im Januar 2009 in der 9. Sitzung der BGA-II /BGA-II 2009a/ diskutiert. In der darauffolgenden Sitzung wurde vereinbart /BGA-II 2009b/, dass die Bewertungsmethodik und -kriterien feststehen sollen, bevor über die Stilllegungsoptionen entschieden wird.

Zudem plante die Begleitgruppe, einen kommunalen Prozess in die Wege zu leiten, um die regionale Öffentlichkeit einzubinden. Von dem ursprünglich vorgesehenen kommunalen Begleitprozess setzte die BGA-II zwei Elemente um. Am 19.05.09 startete sie über die regionale Tageszeitung (vgl. /Newslick 2009/) und die Internetseite des Landkreises /Landkreis 2009/, einen Aufruf an die regionale Öffentlichkeit, die für sie relevanten Bewertungskriterien zu benennen. Außerdem organisierte die Begleitgruppe am 29.06.09 eine Öffentlichkeitsveranstaltung mit dem Titel „Stilllegung des Bergwerkes Asse II“, die ebenfalls der Diskussion der Bewertungskriterien dienen sollte. Die Ergebnisse beeinflussten den weiteren Prozess zur Entwicklung der Bewertungskriterien nur wenig und wurden in der späteren Berichtsfassung des BfS auch nicht berücksichtigt.

Das BfS legte den ersten Entwurf Bewertungskriterien mit Stand 27.04.09 /BfS 2009c/ in der 10. Begleitgruppensitzung am 05.05.09 vor. Der Bericht wurde am 19.05.09 über die Homepage der breiten Öffentlichkeit verfügbar gemacht. In den folgenden Monaten wurde diese Fassung sowohl in Sitzungen der kleinen als auch der großen Begleitgruppe diskutiert. Als Ergebnis legte die kleine Begleitgruppe zunächst am 12.06.09 eine Liste der für sie relevanten Kriterien vor, die sie in den folgenden Wochen auf Grund des fortgeschrittenen Diskussionsstands noch weiterentwickelte. Auch die AGO befasste sich mit dem Kriterienentwurf des BfS /BfS 2009c/ und gab am 14.07.09 ihre Stellungnahme dazu ab /AGO 2009b/.

Das Bundesamt für Strahlenschutz nahm die Anregungen der verschiedenen Akteure entgegen, legte aber keine zweite Fassung des Kriterienentwurfs zur Kommentierung vor. Der Begleitgruppe wurde stattdessen in der 13. Sitzung am 14.08.09 angekündigt, dass die Endfassung der Bewertungskriterien am 03.09.09 durch den Bundesumweltminister Gabriel der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Aus der BGA-II wurde in der Folge in bilateralen Gesprächen Kritik an dem Bericht geübt.

Die AGO erarbeitete zu der Fassung vom 01.09.09 eine weitere Stellungnahme /AGO 2009c/. Darüber hinaus wurden von einem der von der BGA-II entsandten AGO-Experten im Diskussionsprozess mehrfach persönliche Stellungnahmen zu den Bewertungskriterien und den dargestellten Methoden zum Optionenvergleich abgegeben. Zwischen ihm und dem BfS gab es diesbezüglich eine eigene Diskussion in Form eines Schriftwechsels, der uns nicht vollständig vorliegt.

Am 02.10.09 legte das BfS in der 14. Begleitgruppensitzung überraschend einen neuen Entwurf der Bewertungskriterien, Stand 30.09.09, vor. Am Nachmittag desselben Tages wurden die Machbarkeitsstudien zu den Rückholungsoptionen vorgestellt. Der neue Entwurf Bewertungskriterien /BfS 2009d/ berücksichtigt die von der AGO im Konsens vorgestellten Kritikpunkte ihrer letzten Stellungnahme /AGO 2009c/, wie z. B. klarere Definitionen oder die Darstellungen zur Bildung einer Gesamttrangfolge. Die im Dissens geäußerten Kritikpunkte aus der AGO werden im Bericht zwar benannt, es werden aber nur teilweise Aussagen getroffen, wie mit diesen Punkten umgegangen werden soll.

Der vom BfS vorgesehene straffe Zeitplan zur Erstellung einer abschließenden Fassung der Bewertungskriterien, der eine Kommentierungsphase von nur wenigen Tagen vorsah, führte zu großer Unzufriedenheit sowohl bei der Begleitgruppe als auch der AGO. Die AGO konnte in der knappen Zeit keine Stellungnahme erarbeiten. In der Folge gaben lediglich zwei der von der BGA-II benannten AGO-Experten eine gemeinsame Stellungnahme /Krupp 2009/ ab, der sich die kleine Begleitgruppe anschloss. Die in dieser Stellungnahme vorgenommene Bewertung, dass die vom BfS vorgelegten Kriterien sowie das vorgeschlagene Bewertungsverfahren unvollständig und unangemessen seien, fiel deutlich negativer aus, als dies nach vorangegangenen Diskussionen in der BGA-II und der AGO zu erwarten war.

Durch das BfS erfolgte keine Berücksichtigung der in /Krupp 2009/ geäußerten Kritik. Die Fassung vom 30.09.09 wurde schließlich unverändert als Endfassung am 13.10.09 auf der Internetseite des BfS veröffentlicht.

### **3.3 Machbarkeitsstudien**

Auf der 10. Begleitgruppensitzung im März 2009 stellte das BfS die Stilllegungsvarianten vor, für die Machbarkeitsstudien erstellt werden sollen. Auf der 11. Sitzung am 5.5.2009 wurde die Vergabe drei entsprechender Aufträge vom BfS angekündigt. In den Machbarkeitsstudien werden die drei Stilllegungsoptionen Rückholung, Umlagerung und Vollverfüllung jeweils mit verschiedenen Varianten beurteilt.

Die Auswahl der möglichen Stilllegungsoptionen wurde im Vorfeld intensiv in der AGO diskutiert. Im Bericht „Bewertung von Optionen zur Verbesserung der Sicherheitssituation im Rahmen der Stilllegung der Schachanlage Asse II – Abschlussbericht der AGO-Phase-1 [2008]“ vom 12.02.2009 /AGO 2009d/ werden im Ergebnis

die drei Optionen mit den weiterzuverfolgenden Varianten hergeleitet. Diese Ergebnisse sind nach Aussage des BfS in die Auftragsvergabe eingeflossen. Mitautoren waren zu diesem Zeitpunkt neben den KIT-Vertretern und den von der Begleitgruppe benannten Experten auch Vertreter des BfS. Der Bericht enthält ein Sondervotum, in dem sich einer der von der BGA-II benannten Experten generell gegen die Option Vollverfüllung ausspricht und auf den engen Zeithorizont verweist.

Die Begleitgruppe fühlte sich über die Vergabe der Machbarkeitsstudien unzureichend informiert und forderte deshalb die Veröffentlichung der Leistungsverzeichnisse. Dies war insbesondere ein Anliegen der Bürgerinitiativen, die diese Forderung auf der Informationsveranstaltung der Begleitgruppe am 29.06.09 öffentlich wiederholten. Außerdem gab der Koordinationskreis Asse II am 9.7.2009 diesbezüglich eine Pressekonferenz, in der er dem BfS u. a. Intransparenz vorwarf. Dies war der erste öffentliche Vorwurf dieser Art an den neuen Betreiber.

Newsclick am 10.07.2009: *„Gegebene Versprechen einlösen, Asse-II-Koordinationskreis übt teilweise heftige Kritik am Asse-II-Betreiber, dem Bundesamt für Strahlenschutz“ ... „Er [Dr. Frank Hoffmann] forderte zudem die sofortige Veröffentlichung der Leistungsverzeichnisse, also der Aufgabenkataloge, anhand derer die Gutachten erstellt werden.“ /Newsclick 10.07.09/*

Das BfS lehnte die Veröffentlichung der Leistungsverzeichnisse zunächst ab, informierte aber die Experten der AGO über den Auftragsinhalt, die in der Folge auch keinen weiteren Informationsbedarf hatten. Später wurden die Leistungsverzeichnisse schließlich doch über Internet verfügbar gemacht.

Die mögliche Option der Vollverfüllung fand in der Öffentlichkeit und auch in Teilen der Begleitgruppe keine Akzeptanz. Dies wurde auf der Informationsveranstaltung der Begleitgruppe am 29.06.09 deutlich. Eine Diskussionsveranstaltung des Koordinationskreises Asse II (28.8.2010) spitzte die öffentliche Wahrnehmung unter dem Motto „Rausholen oder Drinlassen“ zu.

Die drei Machbarkeitsstudien wurden am 02.10.2010 in einer öffentlichen Veranstaltung des BfS vorgestellt. Unter hoher Medienaufmerksamkeit und im Beisein des damaligen Bundesumweltministers Gabriel stellten die jeweiligen Autoren ihre Ergebnisse vor. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Gutachtergruppen und Gutachten:

- DMT GmbH & Co. KG und TÜV Nord Sys Tec GmbH & Co. KG  
„Beurteilung der Möglichkeit einer Rückholung der LAW-Abfälle aus der Schachanlage Asse“, 25.09.2009
- ERCOSPLAN Ingenieurgesellschaft Geotechnik und Bergbau mbH und TÜV Nord Sys Tec GmbH & Co. KG  
„Studie zur Beurteilung der Machbarkeit einer Umlagerung aller oder Teile der radioaktiven Abfälle in der Schachanlage Asse II“, 30.09.2009

- AF-Colenco AG, Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH, Institut für Gebirgsmechanik GmbH und Bundesamt für Strahlenschutz  
“Schachanlage Asse II – Beschreibung und Bewertung der Stilllegungsoption Vollverfüllung”, 01.10.2009

Alle Autoren schätzten ihre jeweilige Option unter bestimmten Randbedingungen als prinzipiell durchführbar ein und gaben technische Konzepte und Zeitrahmen für die Umsetzung an. In der Berichterstattung der Medien wurden die Ergebnisse meist auf die Machbarkeit der Rückholung zugespitzt, wie z. B.:

*„Die sogenannte Rückholung ist möglich – das bestätigen die Gutachter ausdrücklich. Und sie wäre sogar vergleichsweise schnell umsetzbar: In nur gut 14 Jahren könnte der gesamte Müll ausgeräumt sein, und das bei einer Strahlenbelastung, die sowohl für die Arbeiter als auch für die Bevölkerung weit unterhalb der erlaubten Grenzwerte bleibt.“ (NDR 02.10.2009)*

Obwohl hinsichtlich der Machbarkeitsstudien und ihrer Vergleichbarkeit aufgrund der relativ kurzen Bearbeitungszeit und der unvollständigen Daten- und Erkenntnislage verschiedene Fragen aufkamen, begann das BfS unmittelbar mit dem Vergleich der Optionen (s. Kap. 3.4). Die AGO gab zu den Ergebnissen der Machbarkeitsstudien am 27.11.2009 eine Stellungnahme /AGO 2009e/ ab, in der sie Mängel hinsichtlich Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit und Plausibilität aufzeigt und zu technischer Machbarkeit und Wirksamkeit der einzelnen Optionen Stellung nimmt. Die AGO zog zu ihren Beratungen weitere Experten hinzu. Die Stellungnahme enthält deshalb zahlreiche Einzelanmerkungen der verschiedenen Experten und auch Sondervoten der von der Begleitgruppe benannten Experten.

### **3.4 Optionenvergleich**

Nach der Vorstellung der Machbarkeitsstudien am 02.10.2009 begann das BfS mit dem Vergleich der Optionen auf Grundlage der mit /BfS 2009/ vorgelegten Bewertungskriterien und der darin beschriebenen schrittweisen Vorgehensweise (s. Kap. 3.2 und 3.3). Dabei setzte sich das BfS ein sehr enges Zeitziel, dessen Verfolgung eine sehr hohe Priorität eingeräumt wurde: Das Ergebnis des Optionenvergleichs sollte bis zum Jahresende 2009 feststehen.

Die Begleitgruppe befasste sich im letzten Quartal 2009 nahezu ausschließlich mit dem Optionenvergleich. Das BfS hatte für den Optionenvergleich ein fünfstufiges Verfahren entwickelt. Während die ersten beiden Schritte „Charakterisierung der einzelnen Kriterien“ und „Kriterienbezogener Paarvergleich der Varianten“ noch ausführlich in Sitzungen der Begleitgruppe im November 2009 diskutiert wurden, wurde eine Vorstellung und Diskussion der Schritte 3 - 5 des Optionenvergleichs (Rangfolgen für Beurteilungsfelder, Bildung einer Gesamtrangfolge und Sensitivitätsanalyse) in der Begleitgruppe aufgrund des knappen Zeitrahmens nicht mehr realisiert. Stattdessen lud das BfS zwei Mitglieder der Begleitgruppe ein, an den Beratungen des

BfS in den nächsten Wochen teilzunehmen. Mit dieser Einladung sollte Transparenz hergestellt werden. Die Begleitgruppe nahm die Einladung nicht wahr und kritisierte den erheblichen Zeitdruck, der eine angemessene Einbeziehung der BGA-II in den wichtigen Schritten des Vergleichs unmöglich machte.

In dieser Phase bestand insbesondere unter den Bürgerinitiativen große Sorge, dass so die Vollverfüllung als die geeignetste Option ermittelt werden könnte. Um Öffentlichkeit zu erzeugen, veranstaltete der Koordinationskreis Asse II am 04.01.2010 eine Pressekonferenz mit dem Titel „Vollverfüllung ist Flutung“.

In einer Pressemitteilung vom 04.12.09 stellt die Begleitgruppe die Vollverfüllung lediglich als Notfalloption dar, da für sie höchstwahrscheinlich kein Langzeitsicherheitsnachweis erbracht werden kann.

Asse II Begleitgruppe, 04.12.2009: *„Im anschließenden Paarvergleich (Schritt 2) zeichnete sich schon ab, dass die Vollverfüllung zwar als Notfall-Lösung in Frage kommt. Durch den fehlenden und von vielen bezweifelte Nachweis der Langzeitsicherheit, scheint sie aber als reguläre Schließungsoption an Boden zu verlieren.“* /BGA-II 2009j/



Das Ergebnis des Optionsvergleichs, die Rückholung der Asse-Abfälle wurde am 15.01.2010 im Rahmen der 17. Begleitgruppensitzung unter großer Medienaufmerksamkeit durch die Staatssekretärin im BMU Ursula Heinen-Esser sowie dem Vorsitzenden der BGA-II verkündet.

Frankfurter Allgemeine Zeitung am 15.01.2010:

*„Bundesumweltminister Röttgen (CDU) wie auch das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter haben sich am Freitag für eine vollständige Rückholung des Atommülls aus dem einsturzgefährdeten Salzbergwerk Asse ausgesprochen.“*

*Zahlreiche Umweltgruppen befürworteten das Vorhaben. Damit scheint nach Jahren des Streits um die Asse Klarheit um das Vorgehen gefunden.“* /FAZ-NET 2010/

Am 18.01.10 fand dazu eine öffentliche Veranstaltung des BfS statt. Das BfS wies jeweils darauf hin, dass zunächst weitere Fakten erhoben werden müssen, die die

Machbarkeit der Rückholung weiter belegen bzw. ihre Umsetzung planbar machen /BfS o.J./.

Der BMU hat sich im Prinzip dieser Vorgehensweise angeschlossen. Auf seiner Homepage weist das BMU allerdings auch deutlich darauf hin, dass es sich noch nicht um eine endgültige Entscheidung handelt:

*„Januar 2010.... Aufgrund dieser nicht unerheblichen Unsicherheiten hat sich das BMU in Abstimmung mit dem BfS dazu entschlossen, zurzeit keine endgültige Entscheidung für die Stilllegung der Schachanlage Asse II zu treffen. Aufgrund der derzeitigen Erkenntnisse erscheint zwar die Rückholung der Abfälle als die beste Lösung dar, jedoch ausschließlich dann, wenn ein Großteil der Abfälle herausgeholt werden können und tatsächlich kein Langzeitsicherheitsnachweis für die Vollverfüllung geführt werden kann. ...“ /BMU 2010/*

Da das Ergebnis Rückholung auf große Zustimmung in der Begleitgruppe und der Bevölkerung stieß, wurden die Defizite der Beteiligung in den vorangegangenen Wochen nicht weiter thematisiert. Im Gegenteil wurde aus dem Blickwinkel des Ergebnisses eher eine allgemeine Zufriedenheit mit dem Prozessverlauf geäußert.

Die AGO befasste sich mit dem Optionenvergleich und legte am 29.04.2010 ihre Stellungnahme dazu vor, in der sie zu den wesentlichen Aspekten Stellung bezieht. Ihr Gesamtfazit lautet /AGO 2010b/:

*„Ungeachtet der zum Teil erheblichen Bedenken gegenüber einzelnen Bewertungen und methodischen Fehlern im Optionenvergleich hält die AGO die Vorläufige Richtungsentscheidung zur Rückholung für vertretbar.*

*Der daraus folgende Handlungsplan des BfS ist zur Verbesserung der Wissensbasis für zukünftiges Handeln geeignet.*

*Für die Optionen Vollverfüllung und Umlagerung werden umgehend weitere Untersuchungen für sinnvoll gehalten.“*

### **3.5 Umgebungsüberwachung/ Gesundheitsmonitoring/ Häufung von Krebsfällen**

Die Umgebungsüberwachung wird durch den Betreiber und einer unabhängigen Messstelle, bis 31.12.2009 war dies der Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) und danach das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (LAU), gemäß der REI (Richtlinie zur Emissions- und Immissionsüberwachung kerntechnische Anlagen) kontinuierlich durchgeführt. Die Messergebnisse werden sowohl von BfS als auch der unabhängigen Messstelle in Jahresberichten und vom BfS auch in Quartalsberichten veröffentlicht. Seit dem 01.09.2010 sind die Messergebnisse darüber hinaus auf der Homepage zum Endlager Asse des BfS abrufbar.

Seit Oktober 2008 besteht auf Wunsch der BGA-II eine Arbeitsgruppe Umgebungsüberwachung, in der neben BGA-II Mitgliedern Vertreter der Fachbehörden, der örtlichen Kommunen, der Umweltverbände und des BfS sowie der Asse-GmbH sich über das Vorgehen und die Ergebnisse der Umgebungsüberwachung austauschen.

Zusätzlich werden seit Beginn 2009 auf Initiative der örtlichen Landwirte ergänzende Untersuchungen an landwirtschaftlichen Produkten, Bewuchs und Wasser sowie dem Kissenbrücker Trinkwasser gemacht. Diese Messungen werden von dem Institut für Futtermittel der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) Nord-West durchgeführt /LUFA 2010/. Über das Ergebnis, dass bisher keine erhöhten Messwerte festgestellt wurden, wurde auch in den lokalen Medien berichtet.

*Newsclick, 27.08.10: „Im Umkreis des Atommüll-Endlagers Asse in Wolfenbüttel sind im vergangenen Jahr keine erhöhten radioaktiven Belastungen gemessen worden. Das teilte das Bundesamt für Strahlenschutz am Freitag mit. Vier Institutionen hatten unabhängig voneinander fast 600 Proben untersucht. Dabei seien keine Belastungen des Bodens, der Luft, des Wassers oder landwirtschaftlicher Produkte festgestellt worden, erklärte die Behörde.“ /Newsclick 27.08.10/*

Des Weiteren hat das BfS ein Gesundheitsmonitoring für die derzeitigen und ehemaligen Beschäftigten ins Leben gerufen, um zu klären, ob Erkrankungen wie Leukämie oder Krebs im Zusammenhang mit einer beruflichen Strahlenbelastung stehen. Auslöser war, dass ehemalige Beschäftigte an Krebs erkrankt waren und damit an die Öffentlichkeit traten. Einige ehemalige Beschäftigte haben mittlerweile Klage erhoben. Auch Mitarbeiter von Fremdfirmen und wissenschaftlichen Institutionen sowie Mitarbeiter, die die Abfälle über Tage gehandhabt haben, wurden in das Gesundheitsmonitoring einbezogen. Mit Datum 10.02.2011 wurde ein erster Bericht vorgelegt, der die Gesamt-Berufslebensdosis der Mitarbeiter abschätzt /BfS 2011/. In dem sich nun anschließenden zweiten Schritt des Gesundheitsmonitorings werden Einzelfallbetrachtungen durchgeführt.

Ende November 2010 wurde die Meldung des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen verbreitet, dass in der Samtgemeinde Asse in den Jahren 2002 bis 2009 bei Männern signifikant mehr Leukämie- und bei Frauen signifikant mehr Schilddrüsenkrebserkrankungen aufgetreten sind als im Durchschnitt zu erwarten war /EKN 2010c/. Diese Meldung fand sowohl bei den Politikvertretern, den Bürgerinitiativen, in der Öffentlichkeit und in den regionalen und überregionalen Medien eine sehr große Aufmerksamkeit.

*Bild, 26.11.10: „Krebs-Alarm in der Asse! Das belegt eine Langzeitstudie des Epidemiologischen Krebsregisters.“ /Bild 2010/*

*NDR, 26.11.10: „In der Region um das marode Atommüll-Lager Asse (Landkreis Wolfenbüttel) ist eine erhöhte Leukämie-Rate festgestellt worden. Das berichtete*

*"Hallo Niedersachsen" am Donnerstagabend unter Berufung auf das Niedersächsische Sozialministerium.*", /NDR 2010/

Das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (EKN) veröffentlichte am 16.12.2010 zwei ausführlichere Berichte zur Krebshäufigkeiten in der Samtgemeinde und den umgebenden Gemeinden /EKN 2010a/ und /EKN 2010b/, nach denen in den umgebenden Gemeinden keine signifikant erhöhten Krebshäufigkeit festgestellt wurden.

Da viele Bürger sehr besorgt reagierten und einen Zusammenhang mit der Schachanlage Asse-II befürchteten, wurden als Konsequenz weitere Untersuchungen gefordert. Unter Federführung des Landrats wurde Anfang Dezember eine Expertengruppe einberufen. In dieser sind Experten des Kreis- und des Landesgesundheitsamts, des Krebsregisters Niedersachsen sowie Mitarbeiter des Niedersächsischen Umweltministeriums, des Niedersächsischen Sozial- und Gesundheitsministerium und des Bundesamtes für Strahlenschutz vertreten. Die Federführung übernimmt laut /Landkreis 2010b/ der Landkreis. Der SSK wurde mit Datum 20.12.2010 ebenfalls ein Beratungsauftrag zu den Krebshäufigkeiten in der Samtgemeinde Asse gegeben. Bis zum Vorhabensende lagen noch keine Ergebnisse vor. Die Daten des Krebsregisters sind anonym. Von daher liegen wichtige Informationen wie Wohnort und Berufstätigkeit der Betroffenen noch nicht vor. Es folgte ein Aufruf an die Betroffenen und deren Angehörigen, sich zu melden, um weitere für die Ursachenforschung notwendige Daten aufnehmen zu können. Diesem Aufruf folgten laut Pressemeldung des Landkreises bis Februar 2011 140 Personen, /Landkreis 2011a/. Da gemäß einer Meldung des Landkreises im Internet /Landkreis 2011b/ die Personen mit Leukämie bzw. Schilddrüsenkrebs im Rücklauf unterrepräsentiert sind, soll die Erfassung durch gezielte Befragung von Fachärzten ausgeweitet werden. Parallel will die Expertengruppe ein Auswertungskonzept erarbeiten.

In der großen Begleitgruppe wurde die Thematik nicht ausführlich diskutiert. Auch auf der Homepage der BGA-II gab es bis Vorhabensende keinen Hinweis auf die Thematik. Erst mit Datum 09.03.2011 wurde ein Verweis auf die Expertengruppe und die Pressemitteilung des Landkreises /Landkreis 2011a/ veröffentlicht. Offensichtlich sieht die Begleitgruppe das Thema derzeit durch die Expertengruppe ausreichend berücksichtigt.

Eine Bewertung der AGO gab es zu den Themen der Umgebungsüberwachung und des Gesundheitsmonitorings sowie den Krebshäufigkeiten bisher nicht.

### **3.6 Eingelagertes Inventar**

Über das eingelagerte Inventar in der Schachanlage Asse-II besteht bis heute Unklarheit. Diskussionen über die eingelagerten radioaktiven Stoffe begleiteten das Verfahren zur Stilllegung der Schachanlage Asse auch in den Jahren 2009 und

2010. Da die Dokumentation während der Einlagerungsphasen ungenügend war, wurden bereits vor 2009 weitere Untersuchungen angestrebt. Darüber hinaus hat das BfS seit dem Betreiberwechsel eigene Recherchen begonnen, um Sonderfragen bezüglich des Abfallinventars beantworten und Auswirkungen auf die gewählte Stilllegungsoption bewerten zu können. Die Recherchen sowie die Befragung von Zeugen in dem 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) ergaben, dass bei einigen Fragen z. B. zum Kernbrennstoffinventar weiterer Klärungsbedarf besteht.

Zur Unterstützung des BfS und des PUA hat das BMBF 2009 die Projektgruppe Jülich des HMGU beauftragt, zu überprüfen, ob es aus heutiger Sicht neuere Erkenntnisse zum Abfallinventar gibt. Dazu wurden die Abfallablieferer befragt und die vorhandenen Akten ausgewertet. Erste Erkenntnisse der Arbeitsgruppe wurden schon während der Untersuchungen mitgeteilt. So wurde im Sommer 2009 mit einem großen Presseecho bekannt, dass wegen eines Rechenfehlers statt 9,6 kg, wie dies noch im 1. Statusbericht des NMU 2008 /NMU 2008/ angegeben wurde, 28 kg Plutonium in der Schachtanlage Asse II eingelagert wurden.

*Newslick, 07.08.2009: „Das Verwirrspiel darum, wieviel Plutonium in der Asse liegt, sollen Mitarbeiter der Europäischen Atom-Kontrollbehörde Euratom beenden. Angaben, wonach mit 23 bis 26 Kilogramm doppelt soviel Plutonium in der Asse eingelagert sei wie bislang angenommen, hat das Landesumweltministerium zurückgewiesen.“ /Newslick 07.08.09/*

*Zeit online, 28.08.2009: „Wegen eines "Übertragungsfehlers" sei die Plutonium-Menge im maroden Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel bislang deutlich zu niedrig angegeben worden. Dies teilte der frühere Asse-Betreiber, das Helmholtz-Zentrum München, dem Bundesamt für Strahlenschutz mit.“ /Zeit 2009/*

Der abschließende Bericht der Arbeitsgruppe wurde am 31.08.2010 veröffentlicht /HMGU 2010/ und der BGA-II in deren 21. Sitzung am 10.09.2010 vorgestellt /BGA 2010e/. Ein wesentliches Ergebnis der Untersuchungen der Arbeitsgruppe besteht darin, dass wesentlich mehr mittelradioaktive Abfälle eingelagert wurden als bisher angegeben. Des Weiteren wurden die Inventare von einigen Radionukliden z. B. Plutonium und Tritium deutlich nach oben korrigiert. Zudem stellten die Autoren fest, dass die Ablieferer gegen die Einlagerungsbedingungen verstoßen haben, indem beispielsweise nicht richtig verfestigte Abfälle eingelagert wurden. In einem 200-l-Fass wurden bei damaligen Stichproben z. B. bis zu 80 l Wasser gefunden. Die Ablieferer wurden damals zwar angemahnt, aber die betreffenden Abfälle dennoch eingelagert. Die neuen Erkenntnisse aus den Untersuchungen der Arbeitsgruppe wurden in der Presse in zahlreichen Artikel aufgegriffen.

*Newslick, 03.09.2009: „Das Bundesamt für Strahlenschutz, seit Januar Betreiber der Asse, versucht derzeit eine möglichst lückenlose Übersicht über den Atommüll in dem Bergwerk zu gewinnen. "Hundertprozentig werden wir nicht wissen, was in*

*der Asse lagert", sagte der Präsident des Bundesamtes, Wolfram König, gestern.*"  
/Newslick 03.09.09/

Bezüglich des Inventars wurden sowohl 2009 als auch 2010 immer wieder Fragen aufgeworfen, ob in der Asse auch hochradioaktive Abfälle eingelagert wurden. Dies wurde auch von der Presse immer wieder aufgegriffen, zum Beispiel:

*Newslick, 23.07.2009: „Dass nicht wie angegeben ausschließlich schwach- und mittelaktiver Müll in der Asse liegt, hatten unter anderem SPD, Grüne und Linke wiederholt behauptet. „Das könnte auch die erhöhten Tritium-Werte erklären“, sagt Petra Emmerich-Kopatsch von der SPD zu den neuen Vorwürfen. In alten Asse-Akten finden sich allerdings wiederholt Anfragen und Antworten zu Einlagerungen, die nie verwirklicht wurden.“, /Newslick 23.07.09/*

Das BfS reagierte auf wiederholte Anfragen und Behauptungen 2010 mit einer Pressemitteilung, dass es sich nach damaliger und heutiger internationaler Klassifikation nicht um hochradioaktive sondern mittelradioaktive Abfälle handelt.

*Norddeutscher Rundfunk (NDR 1), 28.10.2010: „Nach neuen Hinweisen auf angeblich stark strahlende Abfälle im maroden Atommülllager Asse hat das Bundesamt für Strahlenschutz am Donnerstag Entwarnung gegeben. Die auf einem Lieferschein aus dem Jahr 1977 aufgeführten Fässer enthielten mittelradioaktive Abfälle, erklärte der Sprecher des Bundesamtes, Werner Nording gegenüber NDR 1 Niedersachsen.“ /NDR 2010b/*

Auf der 22. Sitzung der BGA-II am 5.11.2010 wurde dieses Thema kontrovers diskutiert /BGA-II 2010f/, /Öko-Institut 2010g/. Bisher hat sich in diesem Punkt kein einheitliches Verständnis unter den verschiedenen Beteiligten etabliert.

### **3.7 Notfallplanungen**

Mit der Überführung in das Atomrecht sind weitergehende Störfallanalysen erforderlich geworden. Die AGO hatte bereits in ihrer Stellungnahme zum Entwurf der Störfallanalyse des ehemaligen Betreibers HMGU vom 14.10.2008 darauf hingewiesen, dass die bisherigen Störfallanalysen nicht ausreichend sind. Kritisiert wurde insbesondere, dass der auslegungsüberschreitende Lösungszutritt (AÜL) nicht berücksichtigt ist /AGO 2008/. Auch die ESK stellte in ihrer Stellungnahme vom 07.04.2010 fest, dass die bis dahin untersuchten Störfälle nicht das gesamte für kerntechnische Anlagen übliche Spektrum abdecken /ESK 2010/.

Das BfS arbeitet seit Anfang 2009 an der Aktualisierung und Erweiterung der Störfallanalyse, die später unter dem Begriff des Notfallkonzepts bzw. der Notfallplanung gefasst wird. Im Juli und August des Jahres 2010 wurden erste Grundzüge des Notfallkonzept sowohl in der Öffentlichkeit, als auch der BGA-II z.B. auf der 13. Sitzung am 14.08.2009 /BGA-II 2009e/ und einer Informationsveranstaltung am 20.08.2009 heftig diskutiert. Ein Kritikpunkt war, dass nicht eindeutig nachvollziehbar sei, bei

welchen Maßnahmen es sich um zu realisierende Vorsorgemaßnahmen handele und welche Maßnahmen dagegen als Notfallmaßnahmen lediglich vorzubereiten seien. So wirke die Notfallplanung wie eine Vollverfüllung „hintenrum“.

Auch auf Landesebene erntete das Notfallkonzept zunächst Kritik. Am 7.7.2009 fand trotz Sommerpause eine Sondersitzung des Umweltausschusses des niedersächsischen Parlaments u. a. zu dem Thema Notfallkonzept statt. Hier warfen die Mehrheitsfraktionen CDU und FDP dem Betreiber vor, mit der Notfallplanung das HMGU-Konzept weiterzuverfolgen.

Die Presse berichtet, wie z. B. FR-online vom 08.07.2009: *„Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) musste sich am Dienstag gegen Vorwürfe wehren, mit seinem Notfallkonzept für das Atommülllager Asse bereite es bereits die umstrittene Flutung des ehemaligen Salzbergwerks bei Remlingen im Kreis Wolfenbüttel vor.“*

Am 28.02.2010 veröffentlichte das BfS schließlich sein Konzept zur „Notfallplanung für das Endlager Asse“ /BfS 2010a/, das durch den Bericht der Asse-GmbH „Notfallplanung zur Minimierung der Konsequenzen eines auslegungsüberschreitenden Lösungszutritts“ vom 23.02.2010 ergänzt wird /Asse 2010/. Da alle anderen Ereignisse als beherrschbar angenommen werden, konzentrieren sich die Betrachtungen auf einen auslegungsüberschreitenden Lösungszutritt (AÜL). Die vorgeschlagenen Maßnahmen unterscheiden sich in Vorsorgemaßnahmen, die vor Eintritt des Notfalls vorsorglich umzusetzen sind und den Notfallmaßnahmen, die beim Eintritt des Notfalls umgesetzt werden. Generelles Ziel ist zum Einen die Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit eines AÜL und zum Anderen die Minimierung der Konsequenzen des AÜL.

Die Notfallplanungen dazu wurden sowohl auf der BGA-II Sitzung am 05.03.2010 /BGA-II 2010b/ also auch auf zwei Informationsveranstaltungen des BfS am 27.04.2010 und am 09.12.2010 der Öffentlichkeit vorgestellt. Über den aktuellen Stand der Arbeiten wird die BGA-II fortlaufend auf ihren Sitzungen informiert. Zuletzt wurde der aktuelle Stand der Notfallplanung in der Sitzung vom 05.11.2010 als ausführlicher Vortrag vorgestellt.

Die Begleitgruppe und die Bürgerinitiativen kritisierten z. T. heftig, dass die Notfallplanungen die (Planungen zur) Rückholung behindern würden und befürchteten, dass so eine Flutung nach dem alten HMGU –Konzept vorbereitet werden sollte (vgl. z. B. /Newslick 04.06.10/). Die am 5.11.10 vorgestellte aktualisierte Notfallplanung und deren Bewertung fand dagegen überwiegend Zustimmung. Offensichtlich konnte die Kritik der Begleitgruppe zum großen Teil ausgeräumt werden. Die Begleitgruppe verwies aber für die weitere Diskussion darauf, die AGO einzubinden. Dies war bereits erfolgt und wurde vom BfS auch für die Weiterentwicklung zugesagt.

Auf einem Aspekt der Notfallplanung, die Stabilisierung des Grubengebäudes als eine Vorsorgemaßnahme, wird aufgrund eines Clusters von mikroseismischen Er-

eignissen im Grubengebäude Anfang 2011 zukünftig Priorität liegen. Das BfS erklärte bei der 23. Begleitgruppensitzung am 18.02.2011, dass die Firstspaltverfüllung sowie die Verfüllung sonstiger nicht mehr benötigter Hohlräume ab jetzt mit Vorrang vorangetrieben wird, um größere Stabilität und damit einen Sicherheitsgewinn zu erzielen. Diese Einschätzung wurde von Seiten der Begleitgruppe intensiv hinterfragt, insbesondere im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Maßnahmen zur Rückholung. Die kleine Begleitgruppe kündigte in der Begleitgruppensitzung an, sich weiter mit dem Thema befassen zu wollen.

### **3.8 Zeit- und Maßnahmenplan**

Nach der Entscheidung für die Rückholung als favorisierte Stilllegungsoption, die in der Region sehr begrüßt wurde, fordert die BGA-II seit April 2010 vehement einen Zeit- und Maßnahmenplan für die Rückholung. Diese Forderung wurde insbesondere in den BGA-II-Sitzungen im Mai, Juni, September und November des Jahres 2010 /Öko-Institut 2010e/, /Öko-Institut 2010f/, /Öko-Institut 2010g/ und /Öko-Institut 2010h/ sowie auf einer Informationsveranstaltung am 27.10.2010 kund getan. Dahinter stehen Befürchtungen, dass die Rückholung derzeit nicht zügig genug vorbereitet wird.

Das BfS präsentierte darauf hin, sowohl auf der Sitzung im September (siehe Anlage zu /BGA-II 2010e/) als auch auf der vom Bundestagsabgeordneten Sigmar Gabriel initiierten Informationsveranstaltung am 27.10.2010 /Öko-Institut 2010c/ einen Zeit- und Maßnahmenplan, der aber von den Mitgliedern der BGA-II und der Öffentlichkeit als unzureichend kritisiert wird, da in diesem Plan keine konkreten Zeitangaben gemacht werden und die Abhängigkeiten von Maßnahmen nicht erkennbar seien.

In der 22. Sitzung der BGA-II am 5.11.2010 wies das BMU darauf hin, dass auf einem gemeinsamen Projektstatusgespräch zwischen BfS, BMU und NMU beschlossen wurde, dass das BfS einen Programmablaufplan vorlegen muss, auch wenn dieser derzeit nicht endgültig sein kann /Öko-Institut 2010h/. In der 23. Sitzung der BGA-II am 18.02.11 gab das BfS schließlich einen kurzen Einblick in die Netzwerkstruktur eines so genannten Gesamtablaufplans für die Stilllegung der Asse. Die Begleitgruppe soll im Rahmen einer Sondersitzung am 25.03.11 intensiver in den Gesamtablaufplan eingeführt werden.

### **3.9 Faktenerhebung**

Als Ergebnis des Optionenvergleichs hat das BfS Anfang 2010 die Rückholung als die favorisierte Stilllegungsoption präsentiert, allerdings mit dem Vorbehalt, dass es noch Unsicherheiten insbesondere in Bezug auf den Gebindezustand, das Abfallinventar und die damit verbundenen Auswirkungen auf die technische Machbarkeit

einer Rückholung gibt. Wegen dieser Unsicherheiten und Kenntnisdefizite hat das BfS in Abstimmung mit dem BMU beschlossen im Rahmen einer Faktenerhebung weitere Untersuchungen zu machen, die zur Klärung der offenen Fragen zur Rückholung dienen und die bisherige Datengrundlage ergänzen sollen /BfS o.J/. Die Faktenerhebung wird in folgende Schritte gegliedert /DMT 2010/:

Schritt 1: Anbohren ausgewählter Einlagerungskammern (ELK) sowie Ausführung der zu planenden Untersuchungen über die Bohrungen.

Schritt 2: Öffnen dieser Kammern und Bewertung von Kammer- und Gebindezustand.

Schritt 3: Erprobung der fernbedienbaren Techniken durch Bergen von Abfällen/ Abfallgebinden.

Zum ersten Schritt hat die DMT GmbH & Co. (DMT) im Auftrag des BfS das „Untersuchungskonzept zum Anbohren der Einlagerungskammern 7/750 und 12/750“ mit Stand vom 14.04.2010 vorgelegt /DMT 2010/.

Die Entscheidung, eine Faktenerhebung durchzuführen, erfolgte im Rahmen des Optionenvergleichs und wurde als Bestandteil des Ergebnisses verkündet. Eine Einbindung der BGA-II erfolgte nach unserer Kenntnis zu diesem Aspekt nicht. Auf den Sitzungen der großen BGA-II wird aber fortlaufend über den aktuellen Stand der Planung, Genehmigung und Erprobung informiert. Auch eine Einbindung der AGO bei Entscheidungen bezüglich der Faktenerhebung wie z. B. die notwendigen Untersuchungen oder die Auswahl Einlagerungskammern hat nicht stattgefunden. Die Stellungnahme der AGO zum Konzept der Faktenerhebung wurde erst spät im November 2010 fertig gestellt. /AGO 2010c/. In dieser Stellungnahme wird die Faktenerhebung als notwendig erachtet und eine möglichst schnelle Umsetzung empfohlen. Die AGO vermisst jedoch die Detailplanung zu Schritt 1 und Untersuchungskonzepte zu den weiteren Schritten der Faktenerhebung.

Ursprünglich war geplant, noch Ende 2010 die erste Kammer anzubohren und erste Ergebnisse zu ermitteln, z. B. /BfS 2010c/ und

Spiegel 02.06.2010: *„Wie geht es weiter bei der Sanierung der maroden Atommülldeponie Asse? Das Bundesamt für Strahlenschutz hat nun einen Zeitplan vorgelegt. Demnach wird im November die erste Abfallkammer angebohrt. Seit mehr als 30 Jahren liegen dort Fässer mit strahlendem Müll.“*, /Spiegel-online 2010/

Allerdings wurde dieser Zeitpunkt nicht eingehalten. Das BfS hat am 27.10.2010 für den Schritt 1 der Faktenerhebung einen Antrag gemäß § 9 AtG beim NMU eingereicht. Diese Unterlagen wurden in enger Abstimmung mit dem NMU über die nächsten Monate weiter ergänzt. Über die Dauer des Genehmigungsverfahrens gibt es deutlichen Unmut in der Begleitgruppe. Immer wieder wird auch in den Medien die Frage aufgeworfen, ob eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens

durch eine Genehmigung auf der Basis der Gefahrenabwehr möglich gewesen wäre.

*Newslick 28.01.11: „Dabei laufen bereits seit Monaten Probebohrungen im Asse-Schacht – die "Kalterprobung". Und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Asse-Betreiber bittet beim Landesumweltministerium hartnäckig um eine Genehmigung für die Anbohrung. Es muss ständig neue Nachweise erbringen, rechnet nun mit einer Genehmigung im Februar.“ ... „Wer in dieser illustren Runde welche Interessen vertritt, ist nicht immer klar. Möglichkeiten, das Verfahren zu verzögern, gäbe es unzählige. Dafür sorgte das Bundesumweltministerium mit einer wichtigen Weichenstellung. Anders, als vom BfS gewünscht, entschied es sich gegen ein Verfahren zur Gefahrenabwehr.“, /Newslick 28.01.11/*

Das NMU bemüht sich im Hinblick der Dauer des Genehmigungsverfahrens um Transparenz und stellt den Ablauf des Genehmigungsverfahrens auf seiner Homepage dar /NMU 2011/. „Soweit die Vollständigkeit und Prüffähigkeit aller Unterlagen kurzfristig vom Antragsteller sichergestellt wird“, strebt das NMU eine Genehmigung im 1. Quartal 2011 an /NMU 2011/:

Insgesamt soll die Faktenerhebung 3 Jahre dauern. Nach Auswertung aller Ergebnisse soll endgültig entschieden werden, ob der Zustand der Einlagerungskammern und der Abfallgebinde, eine Rückholung der radioaktiven Abfälle zulassen oder ob diese Stilllegungsoption verworfen werden muss.

Das BfS hat auf der Sitzung der BGA-II am 10.09.2010 und am 05.11.2010 angekündigt, dass bis Ende November des Jahres Kriterien zur Bewertung der Ergebnisse aus der Faktenerhebung veröffentlicht und in der Öffentlichkeit diskutiert werden /Öko-Institut 2010g/, /Öko-Institut 2010h/. Mit Stand vom 8.12.2010 legte das BfS einen Entwurf des Kriterienberichts Faktenerhebung vor /BfS 2010b/, der den Mitgliedern der BGA-II am 11.01.2011 per Email übersandt wurde. Das BfS diskutierte diesen Entwurf frühzeitig mit der AGO, so dass in der Begleitgruppensitzung am 18.02.2011 sowohl der Kriterienbericht als auch die Anmerkungen der AGO dazu vorgestellt werden konnten. Die AGO äußerte sich über die frühe Einbindung und die gemeinsame Diskussion ausdrücklich positiv.

Während das Thema Dauer der Genehmigung und der Faktenerhebung auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, wurden die Kriterien zur Faktenerhebung bis zum Ende des Vorhabens nicht in der Öffentlichkeit thematisiert.

### **3.10 Untersuchungsausschuss**

Am 14.05.2009 wurde auf Forderung der Grünen, der Linken und der SPD vom Landtag Niedersachsen die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Asse beschlossen, der seine Arbeit mit der konstituierenden Sitzung am 17.06.2010 begann. Ziel des Untersuchungsausschusses ist es, die

komplexen Vorgänge in der Schachtanlage Asse-II in der Vergangenheit zu klären. Dabei sollen sowohl die Vorgänge um die Auswahl und Eignungsfeststellung, den Einlagerungsbetrieb, das Inventar, die Arbeits- und Gesundheitssicherheit für das Personal aufgearbeitet als auch besondere Vorkommnisse geklärt und die Frage der Verantwortung und Haftung beantwortet sowie möglicher zukünftiger Auswirkungen geklärt werden /Nds. Landtag 2009/. Dazu wurden Akten gesichtet und zahlreiche Zeugen angehört. Geladen wurden sowohl zahlreiche damals beim Betreiber tätige Mitarbeiter als auch die damals verantwortlichen Beamten und Politiker. Die Sitzungen des Untersuchungsausschusses und Anhörungen stießen auf ein umfangreiches Presseecho. In der Pressedokumentation finden sich sowohl für das Jahr 2009 als auch 2010 jeweils über 100 Einträge von Presseartikeln /Öko-Institut 2009I/, /Öko-Institut 2010b/.

Im November 2010 verklagte der Asse-Untersuchungsausschuss das Kanzleramt und Hessen auf die Herausgabe von Akten. Am 10.08.2010 veröffentlichte die Niedersächsische Landesregierung einen Zwischenbericht über den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Vorgängen in der Asse /Nds. Landesreg. 2010/, in dessen Fazit u. a. festgehalten wird, dass bei Auswahl und Betrieb der Schachtanlage aus heutiger Sicht viele fehlerhafte Entscheidungen getroffen wurden. Informationen zu den aktuell befragten Zeugen und den Themen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses finden sich unter:

<http://www.landtag-niedersachsen.de/Aktuelles/Untersuchungsausschuss/>

## **4 Arbeitsweise in der Begleitgruppe Asse II und der Arbeitsgruppe Optionenvergleich**

Nachfolgend werden für den Berichtszeitraum einige Punkte näher betrachtet, die die Arbeitsweise der Gremien BGA-II und AGO sowie ihre Interaktion untereinander und den Austausch mit dem Betreiber und den Ministerien betreffen. Die Gliederung orientiert sich am Abschlussbericht zum Stand 31.12.2008 des Vorgängerprojektes /Öko-Institut 2009a/, um die jeweiligen Entwicklungen besser nachvollziehbar zu machen.

### **4.1 Etablierung der „BGA-II klein“**

Wie bereits in /Öko-Institut 2009a/ und /Öko-Institut 2010a/ berichtet, hat sich im Laufe der Zeit die sogenannte „kleine Begleitgruppe“ gebildet, die die stimmberechtigten Mitglieder der Begleitgruppe umfasst. Diese treffen sich regelmäßig in eigenen Sitzungen. Im Beobachtungszeitraum hat sich die Diskussion und Meinungsbildung unter den stimmberechtigten Mitgliedern zunehmend in die kleine Begleitgruppe verlagert. In deren Sitzungen werden die wesentlichen Entscheidungen und Verabredungen getroffen, die in der großen BGA-II anschließend lediglich mitgeteilt werden. Die Beratungsergebnisse der kleinen Begleitgruppe werden in der Regel nicht veröffentlicht. Zudem finden außerhalb der Begleitgruppe Gespräche zwischen einzelnen Vertretern der BGA-II und z. B. dem Betreiber statt, über deren Ergebnisse in aller Regel ebenfalls nicht berichtet wird.

Die telefonische Befragung der AGO-Mitglieder hat in diesem Zusammenhang ergeben, dass viele AGO-Vertreter es als sehr problematisch einstufen, dass die Diskussionen und Ergebnisse der kleinen Begleitgruppe nicht zur Verfügung gestellt werden. Sie wünschen sich mehr Transparenz im Informationsfluss.

### **4.2 Öffentlichkeitsarbeit der BGA-II**

Den Anspruch an die zukünftige Öffentlichkeitsarbeit definierten die stimmberechtigten Mitglieder der BGA-II in einer telefonischen Befragung 2008, die vom Öko-Institut im Rahmen des damaligen Evaluationsprojektes durchgeführt und ausgewertet wurde. Es wurde von allen Befragten klar der Wunsch geäußert, die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen und dazu die eigene Pressearbeit zu verstärken, eine Website zu erstellen und z. B. bei Veranstaltungen und Vorträgen persönlich ansprechbar zu sein.

Im Sommer 2009 wurde die Homepage der BGA-II online gestellt. Mit dem Wechsel der Finanzierung vom BMBF auf das BMU erhielt die Begleitgruppe dafür ein eigenes Budget. Die Website ist als Medium der kleinen BGA-II gestaltet. So werden die stimmberechtigten Mitglieder der BGA-II sowie die von ihnen benannten Experten

der AGO porträtiert. Die Ziele und Aufgaben der Begleitgruppe werden sehr knapp auf Basis der Geschäftsordnung und für die AGO anhand ihrer Agenda dargestellt. Es finden sich aber keine Angaben über die Zusammensetzung der großen Begleitgruppe und der gesamten AGO. Auch werden keine Angaben zum Aufbau des Begleitprozesses gemacht, beispielsweise sind die Rolle der AGO und das Zusammenwirken von AGO und Begleitgruppe nicht erkennbar.

Die Website präsentiert aktuelle Meldungen zum Thema Asse, die Pressemitteilungen der BGA-II, einige Stellungnahmen der AGO und vereinzelte Gutachten anderer Experten. Auffallend ist, dass zu einzelnen Themen berichtet wird und andere aktuelle Entwicklungen nicht aufgegriffen werden, eine Systematik ist dabei nicht erkennbar. Die Aktualisierung erfolgte in letzter Zeit eher unregelmäßig, so gab es zwischen dem 04.10.2010 (Inventarbericht des HMGU) und dem 14.02.2011 (Interview mit Frau Bollmeier) keine Meldungen. Die im November und Dezember 2010 in der Presse sehr präsente Krebshäufigkeit in der Samtgemeinde Asse, die mit der Asse II in Verbindung gebracht wird, wird beispielsweise auf der Website der Begleitgruppe nicht thematisiert. Berichte darüber finden sich dagegen auf der Seite des Landkreises.

Zur Berichterstattung wird im Wesentlichen auf Mitteilungen, Informationen etc. anderer Institutionen verwiesen. Eigene Mitteilungen, die über die Arbeit der Begleitgruppe berichten wie beispielsweise Diskussionsergebnisse oder eigene Einschätzungen, beschränken sich weitgehend auf die auf der Homepage veröffentlichten Pressemitteilungen und –informationen.

Auf der Homepage werden die Kontaktdaten der BGA-II genannt. Es besteht die Möglichkeit per mail Kontakt aufzunehmen und es steht ein Gästebuch bereit, das allerdings bisher kaum genutzt wurde.

Eine Verstärkung der aktiven Pressearbeit der BGA-II ist für den Berichtszeitraum nicht feststellbar. Die Anzahl der Pressemitteilung und Presseinformation ist rückläufig: Im Jahr 2008 wurden insgesamt 8 Pressemitteilungen veröffentlicht, 2009 ging die Anzahl auf 6 Pressemitteilungen zurück und 2010 gab es eine Pressemitteilung. Trotzdem ist die Begleitgruppe in der Presse präsent. Für den Zeitraum Januar 2009 bis Dezember 2010 finden sich allein bei newsclick, der online-Ausgabe von fünf regionalen Tageszeitungen, 35 Artikel mit Bezug zur Begleitgruppe.

Ein weiteres Element der Öffentlichkeitsarbeit der BGA-II sind Informationsveranstaltungen. Die BGA-II organisierte im Berichtszeitraum eine Informationsveranstaltung (29.06.2009), zu der der Landkreis Wolfenbüttel im Namen der BGA-II eingeladen hatte. Im ersten Jahr des Begleitprozesses 2008 wurde ebenfalls eine Informationsveranstaltung organisiert. Somit wurde dieses Format nicht ausgeweitet. Die Veranstaltung vom 29.06.2009, die der Diskussion der Bewertungskriterien mit der Öffentlichkeit dienen sollte, zeigte, dass einerseits Interesse der Öffentlichkeit an solchen Veranstaltungen besteht aber andererseits eine inhaltliche Vermittlung des

vergleichsweise abstrakten Themas nicht gelang /Öko-Institut 2010a/, /Öko-Institut 2009k/. In den Jahren 2009 und 2010 war zudem zu beobachten, dass das BfS mit zahlreichen Informationsveranstaltungen sehr präsent war und auch andere Formen zur Information der Öffentlichkeit wie Infozentrum und Infomobil anbot. Die Informationsveranstaltungen wurden auch von Vertretern der BGA-II besucht, die dort einerseits aktiv Stellung bezogen und andererseits für die Öffentlichkeit ansprechbar waren. Offensichtlich sah die Begleitgruppe darüber hinaus keinen weiteren Bedarf für eigene Informationsveranstaltungen.

Die Präsenz und die Kommunikation der BGA-II Mitglieder in ihren jeweiligen Gruppierungen kann nicht beurteilt werden. Die Pressebeobachtung zeigt jedoch, dass sich im Berichtszeitraum die Mitglieder der BGA-II in der Regel eher in ihrer jeweiligen Funktionsträgerschaft z. B. als Vertreter der Bürgerinitiativen oder Fraktionsmitglied einer Partei geäußert haben statt als BGA-II Mitglied. Entsprechend ist die Verankerung der BGA-II Mitglieder in ihrer Gruppierung anzunehmen.

Die telefonische Befragung der AGO-Mitglieder hat gezeigt, dass sich alle AGO-Mitglieder eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit der BGA-II insbesondere über die Aufgaben und Ergebnisse der AGO wünschen. Beispielsweise die bestehende Homepage wurde als nicht umfassend und zu statisch kritisiert.

### **4.3 Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO)**

Die AGO tagte in den Jahren 2009 und 2010 regelmäßig in etwa monatlichen Abständen. Die Gesprächsthemen orientierten sich inhaltlich an den vom BfS durchgeführten Arbeiten und der Agenda der AGO, die für die zweite Phase ab 2009 aktualisiert wurde /AGO 2009a/. Als Ergebnis der Diskussionen wurden Stellungnahmen erstellt und veröffentlicht. Im Berichtszeitraum Anfang 2009 bis Ende 2010 erarbeitete die AGO acht Stellungnahmen (s. Zusammenstellung in Anlage 1) und war damit im Vergleich zu 2008 (zwei Stellungnahmen) sehr produktiv. Inhaltlich behandelte die AGO im Hinblick auf die Stilllegung alle wichtigen Themen des Berichtszeitraums, allerdings gelang ihr nicht immer eine zeitnahe Fertigstellung, was u. a. an dem forcierten Arbeitstempo des BfS insbesondere im 4. Quartal 2009 lag.

Neben den Stellungnahmen wurde außerdem ein Fachgespräch zur Hydrogeologie durchgeführt. Anlass war das Modell eines von der BGA-II benannten AGO-Experten, das in der Fachöffentlichkeit kontrovers diskutiert wurde.

Darüber hinaus verfassten einige von der BGA-II benannte Experten weitere Stellungnahmen zu verschiedenen Themen und traten damit teilweise in die Öffentlichkeit.

Über den Stand der Arbeiten wird regelmäßig in den Sitzungen der BGA-II berichtet. Dabei wird aber in aller Regel nicht auf die inhaltlichen Ergebnisse der AGO eingegangen.

Wie bereits in Kapitel 1 – Arbeitsprogramm - dargestellt, wurden die AGO Mitglieder bezüglich ihrer Arbeit in der AGO sowie ihrer Interaktion mit der Begleitgruppe und anderen Akteuren in Telefoninterviews befragt. In den Kapiteln des vorliegenden Berichtes wurde bereits auf einzelne Ergebnisse verwiesen. Umfassend werden die Ergebnisse der Befragung und Empfehlungen für die zukünftige Arbeit der AGO im Kurzbericht /Öko- Institut 2011/ dargestellt.

Die Befragung ergab, dass die Einrichtung der AGO generell als geeignet für die fachliche Begleitung des Stilllegungsverfahrens der Asse II gesehen wird. Die AGO-Mitglieder gaben überwiegend an, dass sowohl die Zusammenarbeit untereinander, als auch der Austausch mit den anderen Akteuren positiv ist. So werden das gute Arbeitsklima und die sachlichen und konstruktiven Diskussionen hervorgehoben.

Im Hinblick auf die Arbeit der AGO gab es nach Meinung der AGO-Mitglieder u. a. bei den folgenden Punkten Verbesserungspotential /Öko- Institut 2011/:

- Viele der AGO-Mitglieder bemängelten, dass die AGO-Stellungnahmen häufig nicht zeitnah fertig gestellt werden und dadurch keine adäquate Beratung der BGA-II mehr gewährleistet ist, da in dieser die Meinungsbildung schon abgeschlossen ist.
- Weiteren Verbesserungsbedarf sehen viele der Befragten in der Effizienz der eigenen Diskussionen und deren Abschluss. Hier fehlen die notwendigen Vereinbarungen über den zur Verfügung stehenden Zeitraum, die Iterations-schleifen und den Prozessabschluss.
- In der AGO stehen die KIT-Vertreter und die von der BGA-II benannten Experten mit unterschiedlichen Akteuren in Kontakt. Zwischen diesen Informationsflüssen fehlt es an Austausch und Transparenz, was von den AGO Mitgliedern bemängelt wird.
- Generell wird das Hinzuziehen externer Experten für sinnvoll gehalten. Da in 2010 das Finanzbudget frühzeitig erschöpft war, halten einige der Befragten ein größeres Budget für diese Position für sinnvoll.
- Unsicherheiten gibt es dahingehend wer die Themen, mit der die AGO sich beschäftigt festlegt und wie dies erfolgt. Einzelne halten ein Selbstbefas-sungsrecht der AGO für zielführend. Andere wünschen sich konkrete Arbeitsaufträge von Seiten der BGA-II.

In der Begleitgruppensitzung vom 18.02.2011 wurde von Seiten der AGO die frühzeitige Einbindung durch das BfS bei dem Bericht zur Kriterienentwicklung für die Faktenerhebung positiv hervorgehoben. Der Aspekt der zeitnahen Beratung durch die AGO wurde hier offensichtlich aufgegriffen und umgesetzt.

## 4.4 Bereitstellung der Unterlagen

Fragen bezüglich der Bereitstellung von Unterlagen traten bereits im ersten Jahr des Begleitprozesses in 2008 auf /Öko-Institut 2009a/ und haben diesen auch in den Jahren 2009 bis 2010 begleitet. Es ist aber festzustellen, dass sich die Wege zur Bereitstellung der Unterlagen weitestgehend etabliert haben und das Vorgehen selbst nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Von Seiten der Begleitgruppe wurde diesbezüglich im Sommer 2009 erhebliche Kritik geübt, als das BfS die Leistungsverzeichnisse zu den Aufträgen über die Machbarkeitsstudien nicht veröffentlichen wollte. Darüber hinaus wurde von der BGA-II im Berichtszeitraum lediglich einige Male die Kritik einzelner AGO-Mitglieder bezüglich der Unterlagenbereitstellung in Einzelfällen transportiert.

In der AGO wurde das Thema häufiger diskutiert. Das Thema war auch Bestandteil der Befragung zur Arbeit der AGO. Vereinbarungsgemäß werden Unterlagen, die von der AGO benötigt werden, zentral vom KIT beim Betreiber angefordert. Die Weitergabe der Unterlagen innerhalb der AGO funktioniert nach Ansicht der befragten AGO-Mitglieder überwiegend gut. Abweichend von diesem verabredeten Weg veröffentlichte das BfS nach der Wahrnehmung einiger Befragter in 2010 häufiger Unterlagen direkt auf seiner Homepage zum Endlager Asse oder stellte die Unterlagen der BGA-II zur Verfügung, die diese dann an die AGO weiterleitete. Über dieses Vorgehen äußerten einzelne Befragte Unzufriedenheit, da nicht immer zeitnah die Verfügbarkeit neuerer Unterlagen erkennbar war. Von Einzelnen wurde darüber hinaus kritisiert, dass die Unterlagen zu knapp vor den Sitzungen kommen und zu einem Themenkomplex nicht alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, wodurch eine Beeinflussung der AGO befürchtet wird.

## 4.5 Interaktion zwischen BGA-II und AGO

Die Vertreter der AGO nehmen an den Sitzungen der großen BGA-II teil und die von der BGA-II benannten Experten sind darüber hinaus in den Sitzungen der kleinen BGA-II vertreten. Die AGO berichtet über den Stand ihrer Arbeiten regelmäßig in den Sitzungen der großen BGA-II und übermittelt der BGA-II ihre Stellungnahmen. Die Interaktion zwischen BGA-II und AGO ist aber nicht formal geregelt.

Die Telefoninterviews mit den AGO-Mitgliedern haben ergeben, dass die Zusammenarbeit mit der BGA-II ihrer Ansicht nach gut funktioniert. So haben die Mitglieder der BGA-II z. B. genügend Gelegenheit, Wünsche über spezifische zu klärende inhaltliche Fragen in die AGO einzuspeisen. Viele der befragten AGO-Mitglieder vermissen aber ein Feedback der BGA-II zu den AGO-Ergebnissen. Die praktizierte Flexibilität ohne formale Regelungen halten viele der befragten AGO-Mitglieder für wichtig.

Im Beobachtungszeitraum traten allerdings vereinzelt Fälle von Irritationen bezüglich der Entscheidungsfindung innerhalb der AGO und des Verhältnisses zwischen BGA-II und AGO auf, die eventuell auf fehlende verbindliche Regelungen zurückgeführt werden können. Sie betrafen insbesondere die Vergabe von Beratungsaufträgen und die Wirksamkeit von Beschlüssen der BGA-II für die AGO. So ist ungeklärt, wie mit Themen, die nicht Teil der Agenda sind und zu denen die BGA-II keinen Beratungsbedarf äußert, umgegangen werden soll. Ein solcher Fall wurde auf der Sitzung am 5.11.2010 diskutiert, ohne dass Vereinbarungen für die zukünftige Vorgehensweise getroffen wurden /Öko-Institut 2010h/. In der Sitzung hatte das BfS angeboten, die AGO zukünftig stärker in die Thematik der 3D Seismik einzubeziehen. Die BGA-II fand dieses Thema zwar interessant, wollte aber dazu keinen Beratungsauftrag an die AGO verteilen, da sie das Thema als nicht so relevant einstufte. Die BGA-II wies aber ausdrücklich daraufhin, dass sie nicht grundlegend gegen eine Befassung der AGO zu dem Thema sei.

Weitere Unstimmigkeiten gab es in einem Fall bezüglich der Hinzuziehung von externen Fachleuten zu bestimmten Fragestellungen in der AGO, als die BGA-II vehement die Hinzuziehung eines bestimmten Experten verhindern wollte. Als einzelne BGA-II Mitglieder vor der entsprechenden AGO-Sitzung eine Protestdemonstration durchführten, drohte ein Vertreter des KIT an, sein Mandat in der AGO niederzulegen. Der Vorsitzende der BGA-II entschuldigte sich später für die Vorfälle im Vorfeld der betreffenden AGO-Sitzung.

Diese Beispiele zeigen, dass Entscheidungsfindung innerhalb der AGO und das Verhältnis zwischen AGO und BGA-II für einige Fragen unklar sind. Dies betrifft, wie oben ausgeführt, sowohl inhaltliche Fragen bezüglich der von der AGO zu bearbeitenden Themen und der Vergabe von Beratungsaufträgen als auch personelle Fragen wie die Hinzuziehung von externen Sachverständigen zu bestimmten Themen in der AGO. Es wurde noch keine formale Klärung herbeigeführt, inwiefern Beschlüsse der BGA-II für die AGO bindend sind.

#### **4.6 Interaktion der BGA-II und AGO mit dem Betreiber und den Ministerien**

Bezüglich der Interaktion der BGA-II und der AGO mit dem Betreiber und den Ministerien haben sich im Berichtsraum folgende Änderungen ergeben: Ursprünglich stand die BGA-II im Austausch mit den drei Ministerien BMBF, BMU und NMU, die jeweils durch einen Vertreter in der BGA-II präsent waren. Mit der Überführung des Verfahrens in das Atomrecht hat sich das BMBF jedoch weitestgehend aus dem Beteiligungsprozess zurückgezogen und nimmt keine aktive Rolle mehr ein. Auch das NMU tritt eher zurückhaltend auf. Es ist zwar weiterhin in der BGA-II und auch als Beobachter in der AGO präsent, wird aber hauptsächlich in seiner Rolle als Genehmigungsbehörde und weniger als Akteur im Begleitprozess wahrgenommen. Die

telefonischen Befragungen der AGO-Mitglieder bestätigten, dass derzeit kein direkter Austausch zwischen NMU und BGA-II oder AGO stattfindet /Öko-Institut 2011/. Die Teilnahme des NMU an den AGO-Sitzungen wird aber dennoch als hilfreich empfunden.

Das BMU ist im Begleitprozess präsent und nimmt sowohl an den Sitzungen der BGA-II als auch der AGO teil. Die Vertreter des BMU bemühen sich, zu signalisieren, dass dem Begleitprozess eine hohe Relevanz beigemessen wird. So nimmt seit dem Regierungswechsel die Staatssekretärin regelmäßig an den Sitzungen der BGA-II teil, was von deren Mitgliedern sehr positiv aufgenommen wird. Das BMU hat hinsichtlich der Verfolgung der Option Rückholung mit dem Ziel der Verbesserung der Kenntnislage klare Zustimmung zur Entscheidung des BfS signalisiert und hat damit demonstriert, dass diesem zentralen Punkt die Beteiligten „an einem Strang ziehen“. Das BMU als oberste Bundesaufsicht lässt sich ergänzend zu seiner eigenen Expertise zu verschiedenen Fragen der Stilllegung der Asse von externen Fachleuten (ESK, SSK und Gutachter) beraten und gewährleistet dadurch einen Kompetenzaufbau und –erhalt unabhängig von den Aktivitäten des BfS. Die Rolle des BMU ist nach unserer Wahrnehmung nicht für alle Beteiligten klar erkennbar. In den Telefoninterviews mit den AGO-Mitgliedern wiesen einige Befragte ausdrücklich darauf hin, dass zwischen AGO und BMU keine Zusammenarbeit, sondern eher ein Austausch stattfindet und dass sich die Ergebnisse der AGO nicht an das BMU richten, sondern an den Betreiber und die Begleitgruppe /Öko-Institut 2011/.

In dem Berichtszeitraum hat sich auch die Rolle des Betreibers geändert. Zu Beginn des Begleitprozesses war eine Konstellation vorgesehen, in der Entscheidungen von dem sogenannten Leitungsgremium (unter Beteiligung der drei Ministerien, des damaligen Betreibers und des LBEG) getroffen werden sollten. Seit dem Betreiberwechsel hat das BfS jedoch weitgehend die Prozessgestaltung übernommen und fällt auch zentrale Entscheidungen über das weitere Vorgehen selber. Die Interaktion zwischen BGA-II und AGO mit dem Betreiber hat sich im Beobachtungszeitraum intensiviert. Dadurch dass das BfS sowohl in der BGA-II als auch der AGO vertreten ist, ist ein guter Austausch möglich.

Die Interaktion und der Austausch der BGA-II und der AGO mit dem Betreiber und den Ministerien sind formal nicht geregelt. So hat beispielsweise die mit dem Wegfall des Leitungsgremiums, an das die BGA-II nach ursprünglicher Konzeption ihre Empfehlungen richten sollte, notwendige Anpassung der Geschäftsordnung bisher nicht stattgefunden (siehe Kap.2.1). Im Beobachtungszeitraum hat die BGA-II ihre Ergebnisse in der Regel direkt dem Betreiber übermittelt oder ist mit ihren Forderungen in die Öffentlichkeit gegangen. Viele Vereinbarungen werden darüber hinaus über die bestehenden bilateralen Kontakte insbesondere zwischen dem Vorsitzenden der BGA-II und Vertretern des Betreibers oder der Ministerien getroffen. So wurde auf diesem Weg z. B. vereinbart, dass der Vorsitzende an den Jour-Fixe Gesprächen zwischen BfS, BMU und NMU als Gast teilnehmen darf /Öko-Institut

2010g/. Bisher sind durch diese informellen Wege des Austauschs der BGA-II mit Betreiber oder Ministerien noch keine direkten negativen Auswirkungen auf den Begleitprozess zu beobachten. Allerdings werden von verschiedenen Akteuren immer wieder die Frage nach der Verbindlichkeit die Ergebnisse des Begleitprozesses aufgeworfen. Es ist unklar, wie diese in die Entscheidungen des Betreibers und in das formale Verfahren Eingang finden.

Die Frage, ob mit dem Leitungsgremium, eine wesentliche Komponente des Begleitprozesses fehlt, wurde auch von einem der befragten AGO-Mitglieder aufgeworfen. Es sei derzeit unklar, wie und wie weit die Ergebnisse des Begleitprozesses in das Stilllegungsverfahren eingespeist werden. Bisher würden viele Forderungen und Empfehlungen der Begleitgruppe auf informellem Weg über persönliche Kontakte an die anderen Akteure insbesondere das BfS weitergeleitet oder öffentlicher Druck aufgebaut und so die Forderungen unterstützt. Den Austausch der AGO mit dem BfS und den Ministerien bewerten die interviewten AGO-Mitglieder dennoch weitestgehend positiv. Insbesondere die ständige Teilnahme der BfS- und BMU-Vertreter auf den AGO-Sitzungen wird positiv hervorgehoben.

## **5 Evaluation des Beteiligungsprozesses zum Stichtag 28.02.2011**

### **5.1 Einleitung**

Die in diesem Bericht beschriebenen Beobachtungen und Entwicklungen dienen als Basis, um einige zentrale Aspekte des Beteiligungsprozesses zur Stilllegung Asse-II zu beleuchten und zu evaluieren. Ziel ist es, Hinweise für Verbesserungsvorschläge zu geben und die Erfahrungen für die Gestaltung zukünftiger Endlagerverfahren zu dokumentieren und verfügbar zu machen.

Um die Entwicklung des Prozesses verfolgen zu können, werden wie im Bericht zum Stichtag 31.12.2008 /Öko-Institut 2009a/ die von der BGA-II selbst definierten Ziele als Bewertungsgrundlage für die Evaluation herangezogen.

Die BGA-II hat in ihrer Geschäftsordnung /BGA-II 2008/ eine Reihe von übergeordneten und inhaltlichen Zielen definiert. Da die Stilllegung der Asse- II noch nicht abgeschlossen ist, können zum jetzigen Zeitpunkt zu einigen dieser Ziele noch keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden, da sie z. T. erst in zukünftigen Prozessschritten konkret behandelt werden.

Die inhaltlichen Ziele wurden vom Vorsitzenden der BGA-II auf einer Informationsveranstaltung am 27.10.2010 mündlich um folgende Punkte ergänzt /Öko-Institut 2010c/:

- Sicherheit für Beschäftigte und Bevölkerung gewährleisten
- Durchführung der gewählten Stilllegungsoption begleiten.

Eine Verankerung dieser Punkte in der Geschäftsordnung der BGA-II /BGA-II 2008/ ist bisher nicht erfolgt.

Nachfolgend wird zu den einzelnen Zielen der BGA-II eine Einschätzung des bisher Erreichten gegeben.

### **5.2 Einschätzung und Hinweise zur bisherigen Zielerreichung**

Auf Basis der Ausführungen in diesem Bericht ergeben sich bezogen auf die Ziele der BGA-II folgende Einschätzungen. Wo erforderlich werden zu einzelnen Punkten *Hinweise* im Hinblick auf eine weitere positive Entwicklung des Beteiligungsprozesses gegeben. Diese sind *kursiv* gedruckt.

*Erreichung der generischen Ziele der BGA-II*

- Bündelung der Interessen der Region

Die Bedeutung der BGA-II klein hat im Beobachtungszeitraum 2009 und 2010 im Vergleich zum ersten Jahr des Beteiligungsprozesses deutlich zugenommen. Die BGA-II klein trifft sich nach wie vor öfter als die große BGA-II und es bestehen darüber hinaus zahlreiche bilaterale Kontakte zwischen einzelnen Mitgliedern. Zwischen den stimmberechtigten Mitgliedern hat sich ein vertrauensvoller Umgang etabliert. Den stimmberechtigten Mitgliedern ist es weiterhin sehr wichtig, mit „einer Stimme“ zu sprechen. Dies wird u. a. dadurch deutlich, dass sich die Diskussionen und Meinungsbildungsprozesse im Wesentlichen in die kleine BGA-II verlagert haben, wobei deren Ergebnisse der großen BGA-II in der Regel nicht übermittelt werden. Die Etablierung der kleinen BGA-II, in der sich die stimmberechtigten Mitglieder offen austauschen können, hat wesentlich zur Erreichung des Ziels der Bündelung der Interessen der Region beigetragen.

Auch die breite Öffentlichkeit fühlt sich offenbar durch die regionalen Vertreter der BGA-II ausreichend repräsentiert. Zumindest gibt es keine Indizien, dass sie der BGA-II misstraut oder deren Ergebnisse nicht mit trägt.

Probleme, die aus der Etablierung der kleinen Begleitgruppe resultieren, werden in Kapitel 5.3 behandelt.

- Versachlichung der Diskussion und Vorbereitung einer sachgerechten Entscheidung

Die Arbeit der BGA-II und insbesondere der AGO haben zu einer Versachlichung der Diskussion beigetragen. Während im ersten Jahr des Beteiligungsprozesses tagesaktuelle Entwicklungen eine große Rolle gespielt haben und die Arbeit in der BGA-II maßgeblich beeinflusst und z. T. erheblich erschwert haben, hat sich dies in 2009 und 2010 geändert. In der BGA-II konnte weitestgehend kontinuierlich gearbeitet werden und die inhaltlichen Themen konnten zielorientiert diskutiert werden. Ein Beispiel dafür ist die Erarbeitung der Bewertungskriterien für den Optionenvergleich, die die BGA-II in 2009 über lange Zeit maßgeblich beschäftigt hat /Öko-Institut 2010a/.

Die AGO arbeitet weiterhin gemäß der vereinbarten Agenda, die in 2009 aktualisiert wurde /AGO 2009a/. Im Vorhabenszeitraum ist allerdings zu beobachten, dass die Stellungnahmen häufig zeitverzögert fertig gestellt wurden, was dazu führt, dass diese weder in der BGA-II noch beim BfS angemessen berücksichtigt werden konnten. Zu Beginn des Jahres 2011 konnte durch eine frühere Einbindung der AGO durch das BfS wieder zeitnah Stellung bezogen werden.

Auch in der Zusammenarbeit zwischen BGA-II und AGO wird weitgehend ein sachlicher Diskussionsstil gepflegt.

Eine Versachlichung der Diskussion hat es offenbar auch in Bezug auf die Presse und Öffentlichkeit gegeben. In der Anfangsphase Ende 2007 und

2008 reagierten die Presse und die Öffentlichkeit bei dem Bekanntwerden unerfreulicher Erkenntnisse sehr heftig. Dies hat sich mittlerweile beruhigt. So fiel die Reaktion bei Veröffentlichung des Inventarberichts /Öko-Institut 2010g/, relativ gelassen und gemäßigt aus z. B. /Welt online 2010/,

Der sachliche Umgang der Beteiligten miteinander ist eine gute Voraussetzung für die zukünftige Zusammenarbeit und gibt dem Prozess eine gewisse Stabilität.

In Bezug auf die Vorbereitung einer sachgerechten Entscheidung haben sich in dem Berichtszeitraum einige wesentliche Änderungen ergeben. Früher haben die Ministerien die wichtigen Entscheidungen getroffen, die der ehemalige Betreiber dann umsetzen musste. Der Betreiber hatte im Wesentlichen die Aufgabe, Vorschläge zu erarbeiten. Mit dem Betreiberwechsel hat sich diese Situation grundlegend geändert. Seit 2009 trifft das BfS die wichtigen Entscheidungen, wie z. B. die Entscheidung über die Schritte der Optionenauswahl und die Rückholung als favorisierte Stilllegungsoption. Diese Entscheidung wurde dann von den Ministerien mit getragen. Dadurch dass das BfS sowohl in der großen BGA-II als auch in der AGO vertreten ist, ist eine Kopplung beider Gremien an den Entscheidungsträger gewährleistet. Damit besteht prinzipiell ein gutes System, um Entscheidungen sachgerecht vorzubereiten.

Das Ziel ist folglich im Prozess etabliert. Wie es in den weiteren Prozessschritten umgesetzt wird, ist im weiteren Prozessablauf zu bewerten.

- Die Umsetzung von Entscheidungen der drei Ministerien begleiten

Im Berichtszeitraum haben sich die Akteure, die Entscheidungen treffen wesentlich geändert, so dass eine Begleitung von Entscheidungen der drei Ministerien nicht mehr die Priorität hat wie bei Formulierung des Ziels durch die BGA-II Anfang 2008. Zum Einen hat seit dem Betreiberwechsel das BfS die wichtigen Entscheidungen getroffen (siehe vorherigen Abschnitt). Zum Anderen haben sich die Rollen der drei Ministerien im Verfahren geändert. So hat das BMBF seit der Überführung des Verfahrens in das Atomrecht im Beteiligungsprozess keine aktive Rolle mehr und auch das NMU tritt im Begleitprozess eher zurückhaltend auf und konzentriert sich i.d.R. vor allem auf seine Rolle als Genehmigungsbehörde. Dabei wird Entscheidungen wie der Genehmigung zum Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen nach § 7 StrlSchV von der Begleitgruppe und der Öffentlichkeit im Vergleich zu den für die Stilllegungsoption richtungsweisenden Aktivitäten eine relativ geringe Relevanz beigemessen.

Das BMU ist im Begleitprozess präsent, überließ im Beobachtungszeitraum aber die wesentlichen Entscheidungen dem BfS. Es hat aber im Hinblick auf die Stilllegungsoption deutlich signalisiert, dass es die Entscheidungen mit

trägt. Dennoch hat es als oberste Bundesaufsicht und Fachaufsicht die Möglichkeit, sofern dies notwendig erscheint, jederzeit in die Entscheidungen des BfS einzugreifen.

Neben dem Austausch zwischen den Beteiligten ist bei der Begleitung der Umsetzungen der Entscheidungen auch die Vermittlung der Entscheidung in die Öffentlichkeit wichtig. Diese wurde im Berichtszeitraum im Wesentlichen durch das BfS geleistet. Die BGA-II war im Berichtszeitraum diesbezüglich weniger präsent.

Das Ziel „Die Umsetzung von Entscheidungen der drei Ministerien begleiten“ hat in seiner ursprünglichen Intention an Bedeutung verloren. Wird das Ziel aber soweit uminterpretiert, dass es um die Begleitung der Umsetzung der zentralen Entscheidungen in Bezug auf die zu verfolgende Stilllegungsoption geht, dann ist dieses neue Ziel im Verfahren gut etabliert. Dadurch dass Vertreter des BfS sowohl in der großen BGA-II als auch der AGO präsent sind, können die Entscheidungen des BfS angemessen begleitet werden. Wie dies konkret erfolgt und inwieweit die Vermittlung der Entscheidungen in die Öffentlichkeit angemessen erfolgt, ist im fortlaufenden Prozess zu beurteilen.

- Vertrauen und Akzeptanz fördern

Vertrauen und Akzeptanz fördern ist eines der Ziele, die während des Prozesses kontinuierlich zu verfolgen sind und einer regelmäßigen Bewertung bedürfen. Dabei sind verschiedene Akteursgruppen und ihre Interaktion miteinander zu betrachten.

Die Bevölkerung der Region nimmt Anteil an den Vorgängen der Asse, wie die umfassende Presseberichterstattung einerseits über öffentliche Informationsveranstaltungen und andererseits über viele aufmerksam machende / mahnende Aktivitäten belegt (z. B. Sonntagsspaziergänge, Kreuzweg, Konzerte, Kraniche basteln usw.). Die Berichterstattung und unsere Wahrnehmung bei Informationsveranstaltungen zeigen, dass die Bevölkerung während des Berichtszeitraums offensichtlich Vertrauen in den Begleitprozess hat und diesen akzeptiert.

Als das BfS zu Beginn des Jahres 2009 die Rolle des Betreibers übernahm, wurde ihm von Seiten der Begleitgruppe ein großer Vertrauensvorschuss entgegengebracht. Dieses Vertrauen konnte sich das BfS während des Berichtszeitraums erhalten. Dies wird u. a. durch verschiedene Äußerungen des BGA-II-Vorsitzenden in Begleitgruppensitzungen oder Informationsveranstaltungen deutlich, siehe z. B. /Öko-Institut 2010c/. Einzelne Irritationen zwischen Begleitgruppe und BfS wie beispielsweise die trotz vehementer Forderung sehr späte Herausgabe der Leistungsverzeichnisse zu den Machbarkeitsstudien oder aktuell die Zurückerhaltung des BfS bezüglich der Vorlage eines konkreten Zeit- und Maßnahmenplans, haben bislang zumin-

dest zu keinem tiefer gehenden Bruch geführt. Vorteilhaft für Akzeptanz und Vertrauen war hier, dass die bisherige Zielrichtung des BfS im Hinblick auf die Stilllegung mit dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung übereinstimmt. Somit wurde das Vertrauen in das BfS und die Akzeptanz seiner Vorgehensweise noch keiner wirklich ernsthaften Belastungsprobe unterzogen.

Das NMU wird in der Öffentlichkeit nicht als Akteur wahrgenommen und auch in der Begleitgruppe agiert das Ministerium sehr zurückhaltend. Eine wertende Aussage über Vertrauen und Akzeptanz in das Ministerium kann deshalb nicht gemacht werden.

Durch den politischen Wechsel im BMU nach der Bundestagswahl wurde dem Ministerium und insbesondere dem Minister und seinem Abteilungsleiter zunächst große Skepsis entgegengebracht. Diese Skepsis bestand auch vor dem Hintergrund, dass zu Bundesumweltminister Gabriel (bis Herbst 2009) aufgrund seiner Verwurzelung in der Region ein sehr persönlicher Kontakt bestand. Bundesumweltminister Röttgen bemühte sich aber, durch einen persönlichen Besuch am 1.12.2009 und durch die regelmäßige Präsenz seiner Staatssekretärin Heinen-Esser in den Begleitgruppensitzungen Vertrauen zu gewinnen. Nach Äußerungen des BGA-II Vorsitzenden wird insbesondere letzteres sowie die weiterhin gute Unterstützung durch den BMU positiv gesehen.

Wie bereits einleitend dargestellt erfordert Vertrauen und Akzeptanz eine permanente Pflege durch alle Akteure. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund wichtig, dass in der Region auch unpopuläre Maßnahmen realisiert werden müssen. Diese könnten je nach Konstellation das Vertrauen in verschiedene der beteiligten Akteure erschüttern.

- **Transparenz schaffen durch fachlich nachvollziehbare Bewertung und Dokumentation**

Das Ziel Transparenz schaffen wird durch Nachvollziehbarkeit erreicht. Dies umfasst einerseits die Nachvollziehbarkeit der erarbeiteten Inhalte und andererseits die Nachvollziehbarkeit der Vorgehensweise der Bearbeitung, also des Prozesses. Bei der Einschätzung über die Erreichung des Ziels beziehen wir uns dementsprechend nicht nur auf eine fachlich nachvollziehbare Bewertung und Dokumentation, sondern auch auf eine nachvollziehbare Verständigung über Prozessabläufe.

Inwieweit die vom BfS erarbeiteten Inhalte, die als Gutachten oder Präsentation der Begleitgruppe vorgestellt werden, nachvollziehbar sind, ergibt sich einerseits aus der Diskussion in der Begleitgruppensitzung und andererseits aus der Bewertung der AGO. Beispielsweise wurde das Notfallkonzept, das im Sommer 2009 vom BfS in Grundzügen der Begleitgruppe vorgestellt wur-

de, zunächst heftig kritisiert (s. Kap. 3.7). Durch Nachbesserung und Weiterentwicklung des Notfallkonzepts, das mehrmals mit der Begleitgruppe diskutiert wurde, erhielt das BfS im November 2011 ein positives Feedback durch die Begleitgruppe /Öko-Institut 2010h/. Die Schaffung von Transparenz durch eine fachliche Nachvollziehbarkeit konnte bisher weitgehend erreicht werden.

Bei der Entwicklung der Bewertungskriterien wurde zunächst ähnlich wie in Bezug auf das Notfallkonzept beschrieben vorgegangen (siehe auch Kap. 3.2). Die Diskussion über die Ergebnisse des BfS zwischen Begleitgruppe, AGO und Betreiber wurden dann aber von Seiten des BfS einseitig beendet, da aus Sicht des BfS der Zeitrahmen erschöpft war /Öko-Institut 2010a/. Offensichtlich waren die Beteiligten hier unterschiedlicher Auffassung über die Gestaltung des Prozesses. Diese Vorgehensweise spitzte sich in der Phase des Optionenvergleichs weiter zu. Mit dem Argument fehlender Zeit wurden einzelne Schritte des Optionenvergleichs gar nicht mit der Begleitgruppe oder der AGO inhaltlich diskutiert (Kap. 3.4). Hier wurde der Begleitgruppe die Möglichkeit, Inhalte und Bewertungen nachzuvollziehen, gar nicht bzw. nicht zum relevanten Zeitpunkt gegeben. Die sich daraus ergebende Intransparenz ist als Folge von Mängeln in der Prozessgestaltung zu werten. Es hat keine nachvollziehbare Verständigung über Prozessabläufe stattgefunden. In diesem Sinne wurde das Ziel nicht erreicht.

Diesbezüglich wurden bereits während der Phase des Optionenvergleichs in Vermerken des Öko-Instituts für das BMU Hinweise gegeben /Öko-Institut 2009i/ und /Öko-Institut 2009j/. Da diese weiterhin von Relevanz sind für den Begleitprozess, werden sie nachfolgend wieder aufgegriffen:

*Hinweis: Es sollte mit allen Beteiligten eine klare Verständigung auf die folgenden Prozessziele erfolgen:*

- *Übergeordnetes Ziel ist die Schaffung von Transparenz über die Vorgehensweise und Entscheidungen des BfS.*
- *Die regionalen Vertreter werden frühzeitig in die einzelnen Entwicklungsschritte des BfS eingebunden. Sie werden in jedem Schritt durch das BfS über den Prozessfortschritt informiert und haben jeweils die Möglichkeit, die Informationen zu diskutieren sowie Bedenken und Vorschläge als Empfehlungen an das BfS zu richten.*
- *Das Ziel des Prozesses kann nicht in der Erreichung von Konsens in allen Einzelpunkten bestehen. Vielmehr sollten die Diskussionen auf klar vereinbarte Zeitabschnitte begrenzt sein. Danach verbleibende Dissenspunkte werden vom BfS in den entsprechenden Unterlagen aufgegriffen und kommentiert.*

*Hinweis: Prozessschritte und Vereinbarung zum Abschluss eines Prozesses sind im Vorfeld zu vereinbaren. Es sollten für alle Beteiligten klare Vereinbarungen darüber geschlossen werden,*

- welcher Zeitraum bzw. welche Iterationsschleifen für die Diskussion eines Schrittes zur Verfügung stehen,*
- wie der Abschluss eines Schrittes gekennzeichnet wird und*
- unter welchen Bedingungen ein Rücksprung auf einen vorherigen Schritt möglich ist.*

- Berücksichtigung der Anforderungen des Atomrechts sicherstellen

Diese Zielsetzung wurde mit der Überführung des Verfahrens in das Atomrecht erreicht.

- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Die BGA-II setzte im Berichtszeitraum unterschiedliche Elemente der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit um, die bereits in Kapitel 4 in Art und Umfang dargestellt sind.

Gemessen an den eigenen Wünschen der Begleitgruppe, so wie in einer Befragung 2008 geäußert /Öko-Institut 2009a/, hat die BGA-II im Berichtszeitraum durch die Realisierung der Website einen Teil ihrer Vorstellungen verwirklicht.

Dabei ist kritisch zu bewerten, dass die Website wenig systematisch über den Prozess und gewonnene Expertise berichtet und in der letzten Zeit nicht mehr regelmäßig aktualisiert wird. Die Begleitgruppe nutzt hier unzureichend die Möglichkeiten einer Website eigene Informationen in die Öffentlichkeit zu transportieren. So werden beispielsweise nicht alle Stellungnahmen der AGO verfügbar gemacht, die für die Begleitgruppe eigene Expertise erarbeitet. Eigene Diskussionsergebnisse, Einschätzungen, Kommentare, die die Arbeitsweise, die Erfolge und das Profil der Begleitgruppe herausstellen würden, gibt es kaum.

Die geringe Anzahl der Pressemitteilungen im Berichtszeitraum lassen keine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit erkennen, trotz der verfügbaren professionellen Unterstützung. Allerdings wird dennoch in den Medien über die Begleitgruppe berichtet. Die Möglichkeit der Gestaltung der öffentlichen Wahrnehmung könnte demnach deutlich stärker genutzt werden.

Die Ansprechbarkeit der BGA-II Mitglieder kann als gegeben angesehen werden. Dies kann zwar nicht im Hinblick auf die Präsenz und Kommunikation in ihrer jeweiligen Gruppierungen beurteilt werden, aber z. B. auf den zahlreichen Informationsveranstaltungen des BfS bieten sich Begleitgruppenmitglieder und insbesondere der Vorsitzende als Gesprächspartner an.

Entsprechend wurde der Bedarf an eigenen Infoveranstaltungen zuletzt offensichtlich nicht gesehen. Sie erhalten aber dann Bedeutung, wenn es um konkrete Auswirkungen auf die Region geht wie z. B. die Festlegung eines Standortes für das Zwischenlager. Dann besteht aus unserer Sicht ein Bedarf an Austausch zwischen der Region und seinen Vertretern im Begleitprozess.

*Hinweis: Die Öffentlichkeitsarbeit der BGA-II sollte intensiviert werden. Insbesondere sollte das Informationsangebot auf der Homepage ausgeweitet und aktuell gehalten werden. Ergänzt durch regelmäßige Pressemitteilungen und ggf. eigene Infoveranstaltungen könnte die BGA-II die öffentliche Wahrnehmung insbesondere zu konkreten Auswirkungen auf die Region deutlich stärker gestalten.*

### *Erreichung der inhaltlichen Ziele der BGA-II*

- Bestmögliche Sicherung von Asse II durch ergebnisoffenen Prozess; Ergebnisoffener Optionenvergleich

Beim Optionenvergleich wurden sowohl die Vorschläge der AGO über zu betrachteten Stilllegungsoptionen berücksichtigt als auch die Kriterien für den Optionenvergleich ausführlich mit BGA-II und AGO diskutiert. Dies ist im Sinne eines ergebnisoffenen Optionenvergleichs.

Gewisse Einschränkungen erfolgten durch öffentliche Vorfestlegungen einzelner BGA-II Mitglieder auf eine Option deutlich vor Abschluss des Auswahlprozesses.

Außerdem wurde vom BfS im Bericht zur Optionenauswahl entgegen vorheriger Aussagen eine Wichtung von Kriterien vorgenommen, die letztendlich zu dem jetzt verfolgten Ergebnis führte.

Das Ziel eines ergebnisoffenen Optionenvergleichs wurde nicht gänzlich umgesetzt. Da die von der Öffentlichkeit und Teilen der BGA-II präferierte Option als beste Option verkündet wurde, hatte dies bisher jedoch keine negativen Auswirkungen auf den Prozess. In den folgenden Prozessschritten ist neu zu bewerten, ob der Prozess ergebnisoffen weitergeführt wird.

*Hinweis: Die BGA-II Mitglieder sollten sich darauf verständigen, in welcher Hinsicht die Ergebnisoffenheit des Prozesses in den laufenden und folgenden Schritten von besonderer Relevanz ist. Insbesondere im Hinblick auf die identifizierten Punkte sollte in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit deutlich hervorgehoben werden, dass die besondere Qualität des Prozesses in der Ergebnisoffenheit und angestrebten Transparenz liegt.*

- Erarbeitung einer Konsequenzenanalyse und Sensitivitätsanalyse für jede Option

In dem Bericht des BfS zum Optionenvergleich /BfS o.J./ ist formal eine Sensitivitätsanalyse für den Optionenvergleich durchgeführt worden. Diese wurde jedoch aus Zeitmangel nicht in der Begleitgruppe diskutiert und weist qualitativ deutliche Defizite auf (siehe /AGO 2010b/ und Stellungnahmen des Öko-Instituts zum Optionenvergleich).

Darüber hinaus wurden bisher keine Sensitivitätsanalysen zu den einzelnen Optionen durchgeführt. Mit zunehmenden Erkenntnissen und der damit verbundenen Konkretisierung der gewählten Option ergibt sich erneut die Erfordernis einer Sensitivitätsanalyse. Entsprechend ist das Ziel als noch offen zu beurteilen.

- Erweiterung der Handlungsoptionen durch Stabilisierung des Grubengebäudes

Dieses Ziel ist im Verfahren etabliert. Allerdings ist die Umsetzung noch nicht vollständig erfolgt. Der Abschluss der Firstspaltverfüllung als eine der zentralen Maßnahmen für die Stabilisierung des Grubengebäudes wird sich nach Aussagen des BfS um ca. drei bis sechs Monate verzögern. /Öko-Institut 2010 f/. Nach dem Auftreten einer mikroseismischen Clusterbildung zu Beginn des Jahres 2011 verkündete das BfS, nun die Firstspaltverfüllung mit höchster Priorität voranzutreiben /Öko-Institut 2011a/.

Weitere Maßnahmen zur Stabilisierung des Grubengebäudes werden vom BfS im Zusammenhang mit der Notfallplanung als Vorsorgemaßnahmen behandelt.

Das Ziel wird somit kontinuierlich verfolgt, auch wenn bisher keine Prognosen über die tatsächlich zu erwartenden Effekte im Hinblick auf eine Verbesserung der Grubenstabilität vorliegen.

- Erstellung eines Langzeitsicherheitsnachweises

Die Erstellung eines Langzeitsicherheitsnachweises für die gewählte Stilllegungsoption ist bisher noch nicht erfolgt. Im Jahr 2009 lag der Schwerpunkt zunächst in der Erstellung der Bewertungskriterien für den Optionenvergleich und die Durchführung des Optionenvergleichs. Da der Informationsstand für die untersuchten Optionen in keinem der drei Fälle für einen Langzeitsicherheitsnachweis ausreichend war, wurden lediglich erste Einschätzungen zur Langzeitsicherheit durchgeführt.

Aufgrund der erheblichen Unsicherheiten hat das BfS in Abstimmung mit dem BMU beschlossen, für die favorisierte Option Rückholung die sogenannte Faktenerhebung durchzuführen. Damit wird sich auch der Informati-

onsstand für die spätere Durchführung eines Langzeitsicherheitsnachweises verbessern.

Das Ziel ist entsprechend dem aktuellen Stand des Verfahrens partiell berücksichtigt.

- Erstellung einer Störfallanalyse (Schutz der Bevölkerung bei einem Wassereinbruch, einer Störung des Deckgebirges)

Mit der Überführung in das Atomrecht wurden weitergehende Störfallanalysen notwendig und eine Überarbeitung des alten HMGU-Konzeptes wurde erforderlich, wie dies bereits die AGO und ESK gefordert hatten (vgl. /AGO 2008/ und /ESK 2010/. Das BfS arbeitet dementsprechend seit Anfang 2009 an der Aktualisierung und Erweiterung der Störfallanalyse, die später unter dem Begriff des Notfallkonzepts bzw. der Notfallplanung gefasst wurde. Das BfS hat mit Stand 28.02.2010 einen Bericht zur Notfallplanung vorgelegt /BfS 2010a/, der von einem Bericht der Asse-GmbH ergänzt wird /Asse 2010/. Das BfS unterscheidet dabei in sogenannte vorbereitende Maßnahmen und Notfallmaßnahmen.

Die AGO hat zu dem Bericht eine Stellungnahme verabschiedet, in der ausdrücklich die Notwendigkeit der Notfallplanung unterstrichen wurde.

Die gesamte Umsetzung der Notfallplanungen dauert nach Aussage des BfS auf der 22. Sitzung der BGA-II am 05.11.2010 noch ca. 3 bis 5 Jahre /Öko-Institut 2010f/.

Das Ziel des Schutzes der Bevölkerung bei einem Wassereinbruch ist erst nach Abschluss aller vorbereitenden Arbeiten grundsätzlich erreichbar. Die derzeitigen Arbeiten zeigen deutliche Fortschritte. Das Ziel ist im Prozess etabliert.

- Sicherheit für Beschäftigte und Bevölkerung gewährleisten (Anmerkung: dieses inhaltliche Ziel wurde auf der Informationsveranstaltung am 27.10.10 vom Vorsitzenden der BGA-II mündlich ergänzt /Öko-Institut 2010c/)

Mit dem Betreiberwechsel wurden neue Maßnahmen zur Umgebungsüberwachung eingeführt und ein Gesundheitsmonitoring für Beschäftigte gestartet. Die BGA-II wird regelmäßig informiert, wenn neue Ergebnisse vorliegen.

Als Ende 2010 bekannt wurde, dass in der Samtgemeinde Asse bestimmte Krebsarten häufiger auftreten als zu erwarten, wurde dieses Thema zwar von BGA-II-Vertretern aufgegriffen und in den Medien kommentiert, allerdings nicht im Namen der BGA-II, sondern in deren jeweiligen anderen Funktionsträgerschaften als Landrat oder Vertreter einer Bürgerinitiative. Auch auf der Homepage der BGA-II finden sich keine Informationen zu diesem Thema. Zur Klärung der Umstände der Krebshäufung wurde eine Ex-

pertengruppe ins Leben gerufen. Ob und wie die BGA-II dieses Thema, verfolgen wird, ist derzeit noch nicht bekannt. Allerdings ist der Landrat, der der Vorsitzende der BGA-II ist, in der Expertengruppe vertreten, so dass davon ausgegangen wird, dass die BGA-II über neue Erkenntnisse auf dem Laufenden gehalten wird.

Es sind einige gute Ansätze zur Erreichung des Zieles erkennbar, wie diese konkret umgesetzt werden, ist mit fortlaufendem Prozess zu bewerten.

*Hinweis: Das Ziel „Sicherheit für Beschäftigte und Bevölkerung gewährleisten“ sollte, wenn es von allen Mitgliedern der BGA-II geteilt wird, in der Geschäftsordnung der BGA-II verankert werden.*

- Durchführung der gewählten Stilllegungsoption begleiten (Anmerkung: dieses inhaltliche Ziel wurde auf der Informationsveranstaltung am 27.10.10 vom Vorsitzenden der BGA-II mündlich ergänzt /Öko-Institut 2010c/)

In der Geschäftsordnung ist als eine Aufgabe der BGA-II festgehalten, Optionenvergleiche durchführen zu lassen. Mit der oben genannten Zielsetzung wird dieses ursprüngliche Mandat der BGA-II verlängert. Bisher besteht zwischen den Akteuren offenbar Einigkeit darüber, dass die vorbereitenden Schritte der Stilllegung, wie die Phase der Faktenerhebung von der BGA-II begleitet werden. Darüber, ob auch eine Begleitung der weiteren Prozessschritte vorgesehen ist, gibt es derzeit weder Diskussionen noch eine Entscheidung.

Inwieweit dieses Ziel erreicht wird, muss in dem zukünftigen Prozessverlauf beurteilt werden.

*Hinweis: Das Ziel „Durchführung der gewählten Stilllegungsoption begleiten“ sollte, wenn es von allen Mitgliedern der BGA-II geteilt wird, in der Geschäftsordnung der BGA-II verankert werden.*

### **5.3 Ergänzende Bewertungskriterien für die Evaluation des Begleitprozesses**

Bei der Evaluation des Begleitprozesses hat sich gezeigt, dass die von der BGA-II formulierten Ziele als Bewertungsmaßstab nicht ausreichen. Aus der Beobachtung des Begleitprozesses im Berichtszeitraum resultieren weitere Aspekte, die wir für relevant halten, die sich aber nicht den vorab dargestellten Zielen der Begleitgruppe zuordnen lassen. Dementsprechend wird der Bewertungsmaßstab um folgende Kriterien ergänzt:

- Umsetzung einer integrativen Prozessstruktur  
Die Etablierung der kleinen Begleitgruppe als Substruktur im Begleitprozess hat verschiedene Effekte zur Folge. Positiver Effekt ist die Bildung eines Ver-

trauensraums, in dem sich regionale Vertreter offen austauschen können. Nachteilig ist, dass sich stimmberechtigte und nicht stimmberechtigte Mitglieder entkoppelt haben. Die nicht-stimmberechtigten Mitglieder der BGA-II fühlen sich zunehmend als Beobachter und nicht als aktiver Teil der Begleitgruppe. Diese Entwicklung birgt die Gefahr, dass die grundsätzliche Konzeption des Beteiligungsprozesses, dessen Ziel es ist, sowohl die regionalen Vertreter als auch Vertreter des Betreibers und der Ministerien an einen Tisch zu bekommen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, außer Kraft gesetzt wird. Eine integrative Prozessstruktur kann so nicht umgesetzt werden. Das Bedürfnis nach einem Vertrauensraum, in dem die regionalen Vertreter sich offen austauschen können, steht dem Bedürfnis nach Transparenz einerseits und dem Ziel einer gemeinsamen Plattform zur Entwicklung gemeinsamer Vereinbarungen zwischen allen Beteiligten gegenüber.

*Hinweis: Um der zunehmenden Entkopplung von stimmberechtigten und nicht-stimmberechtigten Mitgliedern der BGA-II entgegen zu wirken, ist ein kontinuierlicher offener Austausch aller Mitglieder der BGA-II notwendig. Im Sinne der Schaffung von Transparenz ist dabei insbesondere der Informationsfluss aus der kleinen BGA-II zu verbessern und Kommunikationswege zu etablieren.*

Im Berichtszeitraum ist darüber hinaus zu beobachten, dass sich Abstimmungen und Entscheidungsfindung zunehmend in die informelle Ebene verlagert haben. So werden in den Begleitgruppensitzungen auf Vereinbarungen aus bilateralen Gesprächen verwiesen. Beispielsweise berichtete der Vorsitzende der BGA-II in der 21. Sitzung der Begleitgruppe, dass er zukünftig bei den Projektstatusgesprächen zwischen BMU, NMU und BfS teilnehmen werde /Öko-Institut 2010g/. Diese Abmachung wurde in einem Gespräch zwischen den Beteiligten vereinbart. Die telefonischen Befragungen der AGO-Mitglieder bestätigen diesen Eindruck /Öko-Institut 2011/. Die Verlagerung in die informelle Ebene birgt die Gefahr, dass das Ziel der integrativen Arbeit im Begleitprozess außer Kraft gesetzt wird, da Teile der Begleitgruppe nicht mehr an Diskussionen und der Entscheidungsfindung beteiligt sind.

*Hinweis: Im Sinne einer integrativen Prozessstruktur sollten alle Mitglieder der Begleitgruppe bei relevanten Diskussionen eingebunden werden und die Möglichkeit haben, aktiv bei der Entscheidungsfindung mitzuarbeiten. Eine Festlegung von wichtigen Entscheidungen in bilateralen Kontakten ist zu vermeiden.*

- Erwartungssicherheit in Bezug auf Umgang mit Ergebnissen

Nach der ursprünglichen Konzeption des Begleitprozesses sollte die BGA-II ihre Empfehlungen an das Leitungsgremium richten, in dem die damals zuständigen Ministerien BMU, NMU und BMBF sowie das LBEG und der Betreiber HMGU vertreten waren /BGA-II 2008/. Auf diesem Wege sollten alle Beteiligten unmittelbar erreicht werden und die Berücksichtigung der Empfehlungen sichergestellt werden. Allerdings besteht das Leitungsgremium nicht mehr, aber die damit notwendige Anpassung der entsprechenden Festlegungen in der Geschäftsordnung ist bisher nicht erfolgt. Derzeit besteht also keine formale Festlegung über die Kommunikation von Empfehlungen aus der BGA-II zu den beteiligten Behörden und dem Betreiber. Dies hat zur Folge, dass vielen Beteiligten unklar ist, wie die Empfehlungen in den Begleitprozess einfließen. Beispiele hierfür sind die Diskussionen in den Sitzungen der BGA-II über den Umgang mit den Ergebnissen der AGO inklusive der Sondervoten (siehe z.B. /Öko-Institut 2010e/) und die in der AGO-Befragung aufgeworfene Frage nach der Verbindlichkeit der Ergebnisse des Begleitprozesses /Öko-Institut 2011/.

Das Ziel ist im derzeitigen Prozess nicht umgesetzt.

*Hinweis: Es muss eine Verständigung darüber erfolgen, wie die Ergebnisse des Begleitprozesses in das Verfahren einfließen und an wen sie sich richten. Dies sollte in der Geschäftsordnung verankert werden.*

## 5.4 Fazit

Eine Vielzahl der Ziele, die die Begleitgruppe Asse-II sich für ihre Arbeit gegeben hat, wurde im Beobachtungszeitraum erfolgreich verfolgt.

Die generischen Ziele sind für die gesamte Dauer des Prozesses relevant, insofern ist ein kontinuierliches Bemühen aller Beteiligten für deren Umsetzung notwendig und es ist in den weiteren Schritten zu bewerten, inwieweit diese Schritte erfolgreich sind. Im Bereich der generischen Ziele gibt es einige positive Entwicklungen insbesondere bei der Versachlichung der Diskussion und bei der Förderung von Vertrauen und Akzeptanz. Aber es besteht auch ein Entwicklungspotenzial z. B. beim Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und der Schaffung der Transparenz insbesondere durch eine Verständigung über Prozessabläufe.

Eine vollständige Umsetzung der inhaltlichen Ziele konnte zum derzeitigen Zeitpunkt naturgemäß noch nicht erfolgen, da einige erst in späteren Prozessschritten relevant werden (z. B. Erstellung eines Langzeitsicherheitsnachweises). Bei vielen inhaltlichen Zielen lassen sich aber gute Ansätze erkennen. Sie können als im Verfahren etabliert angesehen werden. Wie die konkrete Umsetzung erfolgt, ist im weiteren Prozessverlauf zu beurteilen. Hervorzuheben sind im Beobachtungszeitraum insbesondere der Abschluss des Optionenvergleichs, der mit gewissen Einschränkungen

kungen, ergebnisoffen geführt wurde und die Fortschritte bei der Notfallplanung, deren Notwendigkeit mittlerweile weitgehend von allen akzeptiert wurde.

Erheblichen Verbesserungsbedarf gibt es bei der Prozessgestaltung. Um eine Evaluation dieser Aspekte zu ermöglichen, wurden zusätzlich zu den von der Begleitgruppe formulierten Zielen weitere Bewertungskriterien formuliert, nämlich die Umsetzung einer integrativen Prozessstruktur und die Erwartungssicherheit im Bezug auf Umgang mit Ergebnissen des Prozesses. Im Sinne einer integrativen Prozessstruktur sind die zunehmende Entkopplung der stimmberechtigten und nicht-stimmberechtigten Mitglieder sowie die Verlagerung von Entscheidungsprozessen in informelle, bilaterale Kontakte als hinderlich zu bewerten. Ein wesentliches Ziel des Begleitprozesses ist es, dass regionale Vertreter mit Vertretern von Ministerien und dem Betreiber gemeinsam diskutieren und Ergebnisse erarbeiten. Um den Erfolg des Begleitprozesses nicht zu gefährden, müssen alle Beteiligten des Begleitprozesses aktiv an wichtigen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Hierbei ist eine Festlegung, wie die Ergebnisse in die Entscheidungsfindung einfließen dringend erforderlich und eine Klärung der Verbindlichkeit dieser Ergebnisse notwendig.

Um den Begleitprozess zu unterstützen, sind eine fortlaufende Beobachtung und ein Abgleich mit den gesteckten Zielen erforderlich. Dazu sollte auch zukünftig eine regelmäßige Evaluation des Begleitprozesses erfolgen.

## Literaturverzeichnis

- /AGO 2008/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zum Entwurf der Störfallanalyse vom 14.10.2008
- /AGO 2009a/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Agenda für die Phase-2- ab 2009, Stand 06.02.2009
- /AGO 2009b/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zum Diskussionspapier des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) „Kriterien zur Bewertung von Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse [Stand: 27.04.2009]“, Stand 14.07.2009
- /AGO 2009c/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zum Bericht des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) „Kriterien zur Bewertung von Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse [Stand: 01.09.2009]“, Stand 28.09.2009
- /AGO 2009d/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Bewertung von Optionen zur Verbesserung der Sicherheitssituation im Rahmen der Stilllegung der Schachtanlage Asse II – Abschlussbericht der AGO-Phase-1 [2008], 12.02.2009
- /AGO 2010a/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zur Notfallplanung vom 16.09.2010
- /AGO 2010b/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zum Bericht des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS): "Optionenvergleich Asse - Fachliche Bewertung der Stilllegungsoptionen für die Schachtanlage Asse II" (29.04.2010)
- /AGO 2010c/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zu Unterlage "Faktenerhebung zur Rückholung der radioaktiven Abfälle aus dem Endlager Asse – Schritt 1: Untersuchungskonzept zum Anbohren der Einlagerungskammern 7/750 und 12/750", DMT GmbH & CO. KG (22.11.2010)
- /AGO 2009e/ Arbeitsgruppe Optionenvergleich (AGO): Stellungnahme zu den Berichten „Beurteilung der Möglichkeit einer Rückholung der LAW-Abfälle aus der Schachtanlage Asse“, DMT / TÜV NORD; „Studie zur Beurteilung der Machbarkeit einer Umlagerung aller oder Teile der radioaktiven Abfälle in der Schachtanlage Asse II“, ERCOSPLAN / TÜV NORD; „Schachtanlage Asse II - Beschreibung und Bewertung der Stilllegungsoption Vollverfüllung“ AF-Colenco / GRS / IfG, 27.11.2009
- /Asse 2010/ Asse-GmbH: Notfallplanung zur Minimierung der Konsequenzen eines auslegungsüberschreitenden Lösungszutritt, Stand 23.02.2010
- /BfS 2009a/ Bundesamt für Strahlenschutz: „Kriterien zur Bewertung von Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse – Stand: 01.09.2009“, Salzgitter 01.09.2009
- /BfS 2009b/ Bundesamt für Strahlenschutz: „Optionenvergleich – Zwischenstand Schritt 1 – Fachliche Bewertung der Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse“, Status November 2009, Salzgitter
- /BfS 2009c/ Bundesamt für Strahlenschutz: „Kriterien zur Bewertung von Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse - Diskussionspapier“, Salzgitter 27.04.2009

- /BfS 2009d/ Bundesamt für Strahlenschutz: „Kriterien zur Bewertung von Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse – Stand: 30.09.2009“, Salzgitter 30.09.2009
- /BfS 2010a/ Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Notfallplanung für das Endlager Asse, Salzgitter, Stand 28. Februar 2010
- /BfS 2010b/ Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Kriterienbericht zur Bewertung der Ergebnisse der Faktenerhebung- Kriterien zur Bewertung der Ergebnisse der Faktenerhebung- ENTWURF, Salzgitter, Stand 08.12.2010,
- /BfS 2010c/ Meldung des Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Erste Kammer noch in diesem Jahr anbohren - Probephase erhöht Sicherheit für die Rückholung der Asse-Abfälle, 07.05.2011; Pressespiegel unter:  
.\\2010\Kammeröffnung\BfS\_100507\_Kammeröffnung.pdf
- /BFS 2011/ Bundesamt für Strahlenschutz: „Die Strahlenexposition der Beschäftigten der Schachanlage Asse II von 1967 bis 2008 – Gesundheitsmonitoring Asse –“, Salzgitter Februar 2011
- /BfS o.J./ Bundesamt für Strahlenschutz (BfS): Optionenvergleich Asse - Fachliche Bewertung der Stilllegungsoptionen für die Schachanlage Asse II 9A/21400000/MZA/RB/0001/00, Salzgitter
- /BGA-II 2008/ Begleitgruppe Asse II: Geschäftsordnung, Stand 2009
- /BGA-II 2009a/ Endfassung des Protokolls der 9. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 13.01.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009b/ Endfassung des Protokolls der 10. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 04.03.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009c/ Endfassung des Protokolls der 11. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 05.05.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009d/ Endfassung des Protokolls der 12. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 12.06.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009e/ Endfassung des Protokolls der 13. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 14.08.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009f/ Endfassung des Protokolls der 14. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 02.10.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009g/ Endfassung des Protokolls der 15. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 03.11.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009h/ Endfassung des Protokolls der 16. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 30.11.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009i/ Endfassung des Protokolls der 16. Sitzung (2. Tag) der Begleitgruppe Asse II vom 01.12.09, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2009j/ Begleitgruppe Asse II: „Bundesamt für Strahlenschutz lädt Begleitgruppe-Asse-II zur Mitarbeit ein, Pressemitteilung des Landkreises Wolfenbüttel“, [www.asse-2-begleitgruppe.de](http://www.asse-2-begleitgruppe.de), 04.12.2009
- /BGA-II 2010a/ Endfassung des Protokolls der 17. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 15.01.10, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2010b/ Endfassung des Protokolls der 18. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 05.03.10, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt

- /BGA-II 2010c/ Endfassung des Protokolls der 19. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 07.05.10, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2010d/ Endfassung des Protokolls der 20. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 23.06.10, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2010e/ Endfassung des Protokolls der 21. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 10.09.10, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Förg-Reichelt
- /BGA-II 2010f/ Entwurf des Protokolls der 22. Sitzung der Begleitgruppe Asse II vom 05.11.10, Wolfenbüttel, Organisationsbüro Strek
- /Bild 2010/ Bild: „Ministerium bestätigt schockierende Zahlen: Krebs-Alarm am Atom-  
müll-Lager Asse, 26.11.2010; Pressespiegel unter:  
  
.\\2010\Umgebungsüberwachung\Bild.de\_101126\_Umgebungsüberwachung  
-Leukämie.pdf
- /BMU 2008/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU):  
Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Bundesministerium für Bildung und  
Forschung Nr. 245/08: „Kabinett beschließt Betreiberwechsel für Asse,  
Stilllegung der Asse erfolgt nach Atomrecht“, Berlin, 05.11.2008
- /BMU 2010/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU):  
Mitteilung „Schachanlage Asse II“, Stand Januar 2010  
[http://www.bmu.de/atomenergie\\_ver\\_und\\_entsorgung/endlagerung/asse/doc/40319.php](http://www.bmu.de/atomenergie_ver_und_entsorgung/endlagerung/asse/doc/40319.php)
- /BMU 2009/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU):  
Vertrag UM09A0323 A03203 „Evaluation des Beteiligungsprozesses im  
Verfahren zur Stilllegung der Schachanlage Asse II“. Bonn, 21.04.2009
- /DMT 2010/ DMT: Faktenerhebung zur Rückholung der radioaktiven Abfälle aus dem  
Endlager Asse- Schritt 1: Untersuchungskonzept zum Anbohren der Einla-  
gerungskammern 7/750 und 12/7502010, Stand 14.04.2010
- /EKN 2010a/ Epidemiologisches Krebsregister Niedersachsen (EKN): Auswertung des  
EKN zur Krebshäufigkeit in der Samtgemeinde Asse. Oldenburg,  
16.12.2010
- /EKN 2010b/: Epidemiologisches Krebsregister Niedersachsen (EKN): Auswertung des  
EKN zur Krebshäufigkeit in den Gemeinden Cremlingen, Stadt Wolfenbü-  
ttel, SG Baddeckenstedt, SG Oderwald, SG Schladen, SG Schöppenstedt  
und SG Sickinge. Oldenburg, 16.12.2010
- /EKN 2010c/ Epidemiologisches Krebsregister Niedersachsen (EKN): „Laufende Unter-  
suchungen zur Krebshäufigkeit in der Samtgemeinde Asse“, 24.11.2010  
[http://www.krebsregister-niedersachsen.de/registerstelle/?page\\_id=14](http://www.krebsregister-niedersachsen.de/registerstelle/?page_id=14)
- /ESK 2010/ Entsorgungskommission (ESK): Stellungnahme zu Fragen des BMU zur  
möglichen Rückholung und Konditionierung von radioaktiven Abfällen aus  
der Schachanlage Asse II vom 07.04.2010
- /FAZ-NET  
2010/ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Robert von Lucius: „Einsturzgefahr, Atom-  
müll aus der Asse soll in den Schacht Konrad“, 15.01.2010; Pressespiegel  
unter: .\\2010\Optionenergebnis-BfS\FAZ\_100115\_Optionenergebnis-  
BfS\_Kommentar.pdf
- /HMGU 2010/ Helmholtz Zentrum München Deutsches Forschungszentrum für Gesund-  
heit und Umwelt (HMGU) Projektgruppe Jülich: AG Asse Inventar - Ab-  
schlussbericht 31.08.2010

- /Krupp 2009/ Dr. Krupp: Überarbeitete Fassung des Kriterienpapiers Stand 30.09.2009, Stellungnahme vom 05.10.2009
- /Krupp 2010/ Dr. Krupp: Brief an Herr Judith Beantwortung von Fragen zur Umgebungsüberwachung., 09.10.2010
- /Landkreis 2009/ Pressemitteilung des Landkreises Wolfenbüttel: „Asse II: Landkreis ruft Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit auf“, 19.05.09  
Pressespiegel unter: \2009 \Aktivitäten\_Begleitgruppe-AGO\ LKWolfenbuettel\_090519\_Aktivitäten\_Begleitgruppe\_AGO.pdf
- /Landkreis 2009b/ Pressemitteilung des Landkreises Wolfenbüttel: Asse II - Begleitgruppe appelliert an neuen Betreiber: Weitere Untersuchungen zügig in die Wege leiten, 15.01.2009  
Pressespiegel unter: \2009 \Aktivitäten\_Begleitgruppe-AGO\ lKWolfenbüttel\_090115\_Aktivitäten\_Begleitgruppe-AGO.pdf
- /Landkreis 2011/ Landkreis Wolfenbüttel, Website – Aktuelles: „Krebsregister für das Land Niedersachsen: Expertengruppe für den Landkreis Wolfenbüttel nimmt Arbeit auf“, Mitteilung vom 25.11.2010
- /Landkreis 2011a/ Landkreis Wolfenbüttel, Pressemitteilung 27/2011: „Anforderungen für Zwischenlager in der Asse vorgestellt“, Wolfenbüttel, 21.02.2011
- /Landkreis 2011b/ Landkreis Wolfenbüttel: „Expertengruppe zu Krebsfällen im Bereich Asse legte weitere Schritte für die Auswertung fest“, [www.lk-wolfenbuettel.de](http://www.lk-wolfenbuettel.de), 09.03.2011
- /LUFÄ 2010/ Landwirtschaftskammer Bezirksstelle Braunschweig und LUFÄ Nord-West, Institut für Futtermittel, Bereich Rückstandsanalytik: „Zusätzliche Umgebungsüberwachung im Bereich des Endlagers Asse, Bericht für das Jahr 2009“, Oldenburg 07.04.2010
- /NDR 2010/ Norddeutscher Rundfunk: „Asse: Deutlich erhöhte Krebsrate in der Region.“26.11.2010; Pressespiegel unter:  
. \2010\Umgebungsüberwachung\NDR\_101126\_Umgebungsüberwachung-Leukämie.pdf
- /NDR 2010b/ Norddeutscher Rundfunk (NDR 1): „Doch kein hochradioaktiver Müll in der Asse“, 28.10.2010; Pressespiegel unter: . \2010\Asse-Inventar\NDR1\_101028\_Asse-Inventar\_HAA.pdf
- /Nds. Landtag 2009/ Niedersächsischer Landtag – 16. Wahlperiode - Der Präsident des Niedersächsischen Landtages – Landtagsverwaltung: Drucksache 16/1390 Unterrichtung zu Drs. 16/1208 und 16/1355) Hannover, den 16.06.2009
- /Nds.Landesreg. 2010/ Bericht der Niedersächsischen Landesregierung über den Untersuchungsgegenstand des 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Vorgängen in der Schachanlage Asse II, Hannover, den 10. August 2010
- /Newsclick 03.01.09/ Newsclick: „Demonstration nach Betreiberwechsel, Aktionskreis atommüllfreie Asse zieht Bilanz für das Endlager in Remlingen – kein Vertrauensvorschuss“, 03.01.2009; Pressespiegel unter:  
. \2009\Aktivitäten NGOs\Newsclick\_090103\_Aktivitäten\_NGOs.pdf

/Newsclick 26.05.09/	Newsclick: „Wolfenbüttel: Landkreis sammelt Fragen zur Asse-Problematik“, 26.05.09; Pressespiegel unter: .\2009 \Aktivitäten_Begleitgruppe-AGO \ newsclick_090526_Aktivitäten_Begleitgruppe-AGO.pdf
/Newsclick 10.07.09/	Newsclick: „Gegebene Versprechen einlösen, Asse-II-Koordinationskreis übt teilweise heftige Kritik am Asse-II-Betreiber, dem Bundesamt für Strahlenschutz“, 10.07.2009; Pressespiegel unter: .\2009\Diskurs_BI-BfS\newsclick_090710_Diskurs_BI-BfS.pdf
/Newsclick 23.07.09/	Newsclick: „Hochradioaktiver Müll sollte in Asse landen“, 23.07.2009; Pressespiegel unter: .\2009\Inventar_HAW\newsclick_090723_Inventar_HAW.pdf
/Newsclick 07.08.09/	Newsclick, Braunschweiger Zeitung: „Atom-Experten sollen Asse-Rätsel lösen“, 07.08.2009; ;Pressespiegel unter: .\2009\Inventar_Kernbrennstoff\newsclick_090807_Inventar_Kernbrennstoff.pdf
/Newsclick 03.09.09/	Newsclick: „Keine absolute Gewissheit über Asse-Müll, Bundesamt ermittelt radioaktives Inventar – SPD: Müllanlieferer tricksten bei der Verpackung“, , 03.09.2009, Pressespiegel unter: .\2009\Inventar_sonstiges\newsclick_090903_Inventar_sonstiges.pdf
/Newsclick 04.06.10/	Newsclick: "Für Extremfall in der Asse von vornherein planen" Atom-Kritiker fürchten, dass am Ende doch die Flutung kommt, Wolfenbüttel 04.06.2010; Pressespiegel unter: .\2010\Rückholbarkeit\newsclick_100604_Rückholbarkeit_Flutung.pdf
/Newsclick 27.08.10/	Newsclick: „Wolfenbüttel: Radioaktive Belastung um Asse laut Behörde nicht erhöht“, 27.08.2010; Pressespiegel unter: .\2010\Umgebungsüberwachung\newsclick_100827_Umgebungsüberwachung.pdf
/Newsclick 28.01.11/	Newsclick: „Gerangel um Geschwindigkeiten“, <a href="http://www.newsclick.de">www.newsclick.de</a> , 28.01.2011
/NMU 2008/	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz (NMU): Statusbericht des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz über die Schachanlage Asse II; Hannover, 01.09.2008
/NMU 2011/	Niedersächsisches Umweltministerium: „Atomrechtliches Genehmigungsverfahren – Genehmigungsverfahren zur Faktenerhebung (Schritt 1 Anbohren der Kammern 7 und 12)“, Stand 16.03.11 unter: <a href="http://www.mu.niedersachsen.de">http://www.mu.niedersachsen.de</a> (aufgerufen 31.03.2011)
/Öko-Institut 2008a/	Öko-Institut e.V.: SR 2603 - Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II - Abschlussbericht zum 31.03.2008. Darmstadt, 09.06.2008
/Öko-Institut 2009a/	Öko-Institut e.V.: SR 2603 - Unterstützung des BMU im Verfahren zur Stilllegung des Forschungsbergwerkes Asse II - Abschlussbericht zum 31.12.2008. Darmstadt, 25.06.2009
/Öko-Institut 2009b/	Öko-Institut e.V.: Beratung und Evaluation im Beteiligungsprozess zur Stilllegung der Asse II, Angebot an das BMU. Darmstadt, 25.02.2009
/Öko-Institut 2009c/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 11. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 05.05.09, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Neles, Kallenbach-Herbert, 04.06.09

/Öko-Institut 2009d/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 12. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 12.06.09, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Neles, Kallenbach-Herbert, 13.07.09
/Öko-Institut 2009e/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 13. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 14.08.09, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Neles, Kallenbach-Herbert, 24.09.09
/Öko-Institut 2009f/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 14. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 02.10.09, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Neles, Kallenbach-Herbert, 02.11.09
/Öko-Institut 2009g/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 15. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 03.11.09, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Neles, Kallenbach-Herbert, 17.11.09
/Öko-Institut 2009h/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 16. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 30.11.09 und 01.12.09, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Neles, Kallenbach-Herbert, 02.03.10
/Öko-Institut 2009i/	Öko-Institut e.V.: Vermerk für das BMU - Hinweise für die Gestaltung des Begleitprozesses für die Auswahl der Stilllegungsoption, Darmstadt, Kallenbach, Neles, 07.10.2009
/Öko-Institut 2009j/	Öko-Institut e.V.: Vermerk für das BMU - Hinweise zum derzeitigen Ablauf des Prozesses zur Auswahl der Stilllegungsoption für die Asse II, Darmstadt, Kallenbach, 10.11.2009
/Öko-Institut 2009k/	Öko-Institut e.V.: Kurzbericht des Öko-Instituts zum Informationsabend „Stilllegung des Bergwerkes Asse II“ des Landkreises Wolfenbüttel / Begleitgruppe Asse II am 29.06.2009, Darmstadt 01.07.2009
/Öko-Institut 2009l/	Öko-Institut e. V.: Begleitprozess Asse II, Vorhaben UM09A03203, „Pressepiegel 2009“, Dokumentation auf CD
/Öko-Institut 2010a/	Öko-Institut e.V.: Beratung und Evaluation im Beteiligungsprozess zur Stilllegung der Asse II, Kurzbericht zum Beteiligungsprozess während der Festlegung der Bewertungskriterien. Darmstadt, Entwurf 18.10.2010
/Öko-Institut 2010b/	Öko-Institut e. V.: Begleitprozess Asse II, Vorhaben UM09A03203, „Pressepiegel 2010“, Dokumentation auf CD
/Öko-Institut 2010c/	Öko-Institut e.V.: Kurznotiz zur Informationsveranstaltung von MdH Gabriel am 27.10.2010 in Schöppenstedt, Minhans, 27.10.2010
/Öko-Institut 2010d/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 18. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 05.03.2010, Darmstadt, Öko-Institut e. V., Neles, 23.03.2010
/Öko-Institut 2010e/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 19. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 07.05.2010, Darmstadt, Öko-Institut e. V., Minhans, Neles, 17.05.2010
/Öko-Institut 2010f/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 20. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 23.06.2010, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Minhans, Neles, 19.08.2010
/Öko-Institut 2010g/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 21. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 10.09.2010, Darmstadt, Öko-Institut e. V., Minhans, Neles, 28.09.2010

/Öko-Institut 2010h/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 22. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 05.11.2010, Darmstadt, Öko-Institut e. V., Neles, 29.11.2010
/Öko-Institut 2011/	Öko-Institut e.V.: Beratung und Evaluation im Beteiligungsprozess zur Stilllegung der Asse II, Kurzbericht zur Befragung der AGO-Mitglieder. Darmstadt, Entwurf 26.01.2011
/Öko-Institut 2011a/	Aufzeichnungen des Öko-Institutes zur 23. Sitzung der Begleitgruppe Asse II am 18.02.11, Darmstadt, Öko-Institut e. V. Neles, 24.02.11
/Spiegel-online 2010/	Spiegel online 02. Juni 2010, „Atomlager Asse - Erste Müllkammer wird im November angebohrt“ 02.06.2010; Pressespiegel unter: .\2010\Kammeröffnung\spiegel-online_100602_Kammeröffnung.pdf
/Welt-online 2010/	Welt online 10.09.2010: Zehnmal mehr strahlender Müll in Asse als gedacht 10.09.2010; Pressespiegel unter: .\2010\Asse-Inventar\ Welt-online_100910_Asse-Inventar.pdf
/Zeit 2009/	Zeit online: „In Asse mehr Plutonium gelagert, als bisher bekannt“, 28.08.2009; Pressespiegel unter: .\2009\Inventar_Kernbrennstoffzeit_090828_Inventar_Kernbrennstoff.pdf

## Anlage 1

Zusammenstellung der AGO Stellungnahmen im Berichtszeitraum Anfang 2009 bis Ende 2010:

- Stellungnahme zum Diskussionspapier des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS): "Kriterien zur Bewertung von Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse" (27.04.2009)
- Stellungnahme zum Bericht des Instituts für Gebirgsmechanik (IfG): "Gebirgsmechanische Zustandsanalyse und Prognose auf der Basis von Standortdaten sowie 3D-Modellrechnungen" (15.07.2009)
- Stellungnahme zum Bericht des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS): "Kriterien zur Bewertung von Stilllegungsoptionen für das Endlager für radioaktive Abfälle Asse" (28.09.2009)
- Stellungnahme zu den Berichten: "Beurteilung der Möglichkeit einer Rückholung der LAW-Abfälle aus der Schachanlage Asse", DMT/TÜV NORD "Studie zur Beurteilung der Machbarkeit einer Umlagerung aller oder Teile der radioaktiven Abfälle in der Schachanlage Asse II", ERCOSPLAN/TÜV NORD "Schachanlage Asse II - Beschreibung und Bewertung der Stilllegungsoption Vollverfüllung", AF-COLENCO/GRS/IfG (27.11.2009)
- Stellungnahme zum Bericht des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS): "Optionenvergleich Asse - Fachliche Bewertung der Stilllegungsoptionen für die Schachanlage Asse II" (29.04.2010)
- Stellungnahme zur Beantwortung der Fragen des BMU bzgl. "Dr. habil. R. E. Krupp, Strömungs- und Transportmodell, Langzeitsicherheit Asse II [Stand: 29. Dezember 2009]" (06.07.2010)
- Stellungnahme zum Themenkomplex "Notfallplanung für das Endlager Asse", BfS und Asse-GmbH (16.09.2010)
- Stellungnahme zu Unterlage "Faktenerhebung zur Rückholung der radioaktiven Abfälle aus dem Endlager Asse – Schritt 1: Untersuchungskonzept zum Anbohren der Einlagerungskammern 7/750 und 12/750", DMT GmbH & CO. KG (22.11.2010)